

Reich, Nora

Research Report

Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Deutschland: Analyse potenzieller Effekte auf Geburtenzahl und Fertilitätsstruktur

HWWI Policy Paper, No. 1-10

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Reich, Nora (2008) : Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Deutschland: Analyse potenzieller Effekte auf Geburtenzahl und Fertilitätsstruktur, HWWI Policy Paper, No. 1-10, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/47683>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Deutschland: Analyse potenzieller Effekte auf Geburtenzahl und Fertilitätsstruktur

Nora Reich

HWWI Policy

Paper 1-10
des

HWWI-Kompetenzbereiches
Wirtschaftliche Trends

Nora Reich
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 672 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
reich@hwwi.org

HWWI Policy Paper
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1862-4960

Redaktionsleitung:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Michael Bräuninger

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | Dezember 2008
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile
ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbei-
tung in elektronischen Systemen.

Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Deutschland: Analyse potenzieller Effekte auf Geburtenzahl und Fertilitätsstruktur

Nora Reich

Am 1. Januar 2007 trat in Deutschland das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Kraft. Ein Ziel dieser Neuausrichtung der Familienpolitik ist die Erhöhung der Gesamtfertilitätsrate. Diese liegt in Westdeutschland seit den 1970er Jahren zwischen durchschnittlich 1,3 und 1,5 Kindern pro Frau und damit deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1. Um die potenzielle Wirkung des Gesetzes hierauf und auf die Fertilitätsstruktur abzuschätzen, werden in diesem Beitrag wirtschaftstheoretische Modelle über den Zusammenhang zwischen familienpolitischen Maßnahmen und der Fertilität evaluiert. Des Weiteren werden Erfahrungen anderer westeuropäischer Länder mit ähnlichen familienpolitischen Modellen analysiert. Hieraus werden Schlüsse für die potenziellen Wirkungen des deutschen Elterngeld- und Elternzeitmodells gezogen und Handlungsempfehlungen für weitere familienpolitische Schritte abgeleitet.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
2 Vom Bundeserziehungsgeldgesetz zum Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz ..	4
3 Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität: wirtschaftstheoretische Erklärungsansätze...	8
3.1 Determinanten der „Nachfrage“ nach Kindern	8
3.2 Familienpolitische Maßnahmen, Fertilitätsrate und Frauenerwerbstätigkeit....	10
3.2.1 Modellrahmen.....	10
3.2.2 Implikationen für die Familienpolitik.....	13
3.3 Effekte verschiedener Elternzeitvarianten auf die Fertilitätsrate	15
3.3.1 Modellrahmen.....	15
3.3.2 Implikationen für die Elternzeit- und Elterngeldpolitik	21
4 Familienpolitik, Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate in Westeuropa	22
4.1 Skandinavien: Fokus auf Arbeitsmarktintegration beider Elternteile	22
4.2 Südeuropa: Hohe Opportunitätskosten der Familiengründung	27
4.3 Mitteleuropa: flächendeckende öffentliche Kinderbetreuung in Frankreich	29
5 Bewertung des deutschen Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes	32
6 Fazit.....	37
Literatur	39

1 Einleitung

Das Inkrafttreten des neuen Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) am 1. Januar 2007 bedeutete ein Paradigmenwechsel in der deutschen Familienpolitik. Mit dem neuen Gesetz soll sowohl für Mütter als auch für Väter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden. Ein Ziel dieses neuen Gesetzes ist die Erhöhung der Gesamtfertilitätsrate, die in Deutschland seit den 1970er Jahren mit durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau unter dem Bestandserhaltungsniveau liegt.¹ Da jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder gebären müsste, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten, würde die Bevölkerung in Deutschland ohne Zuwanderung drastisch schrumpfen. Die Gesamtfertilitätsrate „gibt die hypothetische Zahl der Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr“². Sie hängt also nicht nur von der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau ab, sondern auch von Änderungen in der Fertilitätsstruktur.³ Zur Messung langfristiger Veränderungen im generativen Verhalten ist daher die Kohortenfertilitätsrate geeigneter, mit der die Kinderzahl einzelner Frauenjahrgänge bestimmt werden kann. Da die Berechnung allerdings erst nach dem Ende des gebärfähigen Alters möglich ist, wird in diesem Beitrag die Gesamtfertilitätsrate betrachtet.⁴ Diese ist tatsächlich nach der Einführung des neuen Gesetzes von 1,33 im Jahr 2006 auf 1,37 im Jahr 2007 gestiegen. Einen höheren Wert hatte sie zuletzt im Jahr 2000 erreicht (1,38). Der Anstieg wird vom Bundesfamilienministerium als Erfolg der familienpolitischen Neuausrichtung gefeiert.⁵ Er ist vor allem auf die besonders starke Zunahme der Geburten bei Frauen im Alter zwischen 33 und 37 Jahren zurückzuführen. Dagegen ist die Geburtenzahl bei Frauen unter 30 Jahren in diesem Jahr weiter gesunken.⁶

Ziel dieses Beitrags ist es, an Hand wirtschaftstheoretischer Modelle und internationaler Erfahrungen zu analysieren, welcher Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Gesamtfertilitätsrate und der Einführung des BEEG bestehen könnte. Zudem soll

¹ In diesem Beitrag bezieht sich die Gesamtfertilitätsrate bis zum Jahr 1990 auf Westdeutschland, danach auf die gesamte Bundesrepublik.

² Statistisches Bundesamt (2006a), S. 1.

³ Vgl. ebd., S. 1.

⁴ Vgl. Björklund (2006), S. 11.

⁵ Vgl. BMFSFJ (2008).

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (2008a).

eine Prognose für weitere mögliche Effekte der neuen Familienpolitik auf die Fertilität in Deutschland gestellt und Handlungsempfehlungen für die Politik formuliert werden.

Zur theoretischen Analyse werden zwei mikroökonomische Modelle über den Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit, Fertilität und familienpolitischen Maßnahmen herangezogen.⁷ Im ersten wird gezeigt, wie die öffentliche Betreuungsinfrastruktur für Kinder und das Steuersystem Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit beeinflussen können. Das zweite Modell analysiert die Auswirkungen verschiedener Elternzeit- und Elterngeldvarianten auf dieselben Parameter. Beide Ansätze tragen also dazu bei, die Auswirkungen des BEEG in Deutschland einzuschätzen. Dazu sind außerdem Erfahrungen anderer Länder mit ähnlichen familienpolitischen Rahmenbedingungen hilfreich. Gauthier und Hatzius (1997) identifizieren verschiedene Ländergruppen von Industriestaaten mit ähnlichen Wohlfahrtsstaatsystemen, aus denen spezifische „Pakete“ mit familienpolitischen Maßnahmen hervorgehen. Fokussiert wird hier der gesamte westeuropäische Raum (als Westeuropa bezeichnet) mit den Ländergruppen Skandinavien, Südeuropa und Mitteleuropa.⁸ Auf dieser Grundlage wird eine Einschätzung für die Wirkungen des BEEG formuliert. Die zentralen Ergebnisse werden abschließend in einem Fazit zusammengefasst.

2 Vom Bundeserziehungsgeldgesetz zum Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

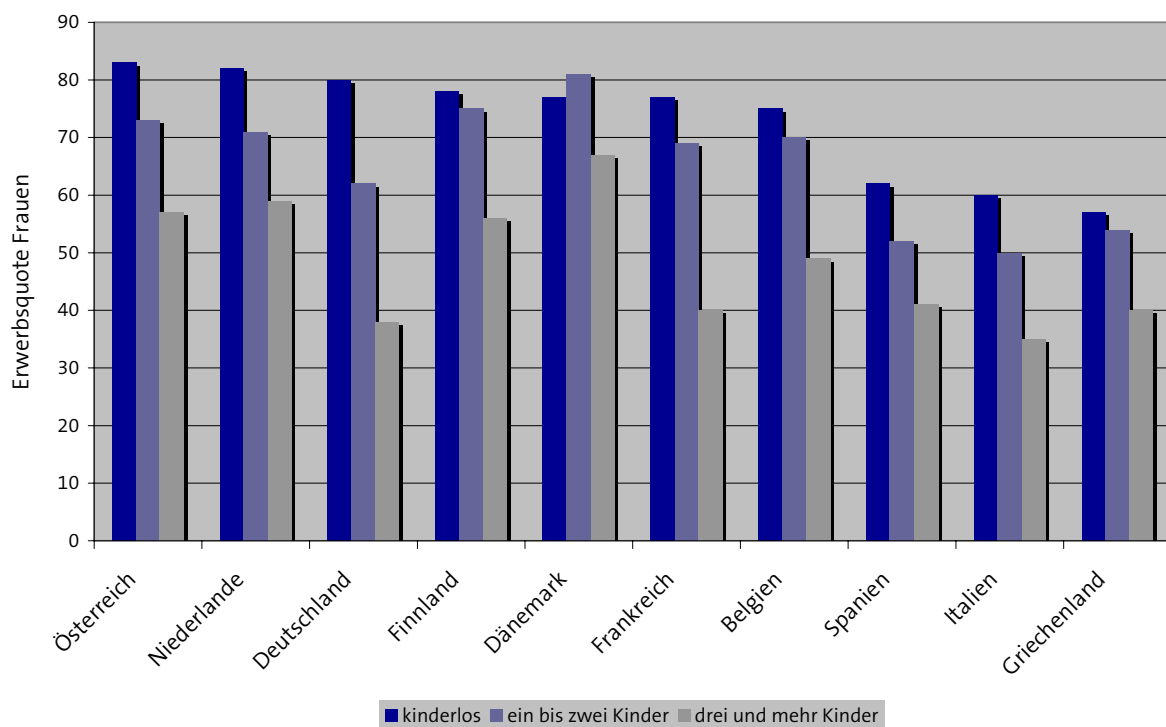
Das Bundeserziehungsgeldgesetz (BerzGG), welches im Jahr 1986 in Kraft trat und bis zum Jahr 2006 galt, ermöglichte eine sogenannte Erziehungszeit von bis zu drei Jahren nach der Geburt eines Kindes. Für zwei Jahre wurde das sogenannte Erziehungsgeld gezahlt, dessen Höhe sich nach der Bedürftigkeit der Familie richtete. Aufgrund der Tatsache, dass in den meisten Familien der Mann mehr verdient als die Frau, und daher der Einkommensausfall geringer ist, wenn die Frau die Erziehungszeit in Anspruch nimmt, förderte dieses Gesetz das Familienmodell mit dem Mann als Haupternährer („Brotverdiener“) und der Frau als Hausfrau oder Zuverdienerin. Die

⁷ Vgl. Vgl. Apps/Rees (2004); Erosa et al. (2005).

⁸ Zu Skandinavien zählen in diesem Vergleich Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden, zu Südeuropa zählen Griechenland, Italien und Spanien, zu Mitteleuropa Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Österreich.

lange Dauer der Elternzeit erschwerte den Anschluss im Berufsleben, so dass zahlreiche Mütter danach entweder eine Teilzeitarbeit aufnahmen oder sich ganz aus dem Beruf zurückzogen. Zwar stieg die Frauenerwerbsquote seit den 1970er Jahren kontinuierlich an, die Zunahme ging aber aufgrund von Erziehungszeit und Teilzeitarbeit mit einer signifikanten Abnahme der wöchentlichen Arbeitsstunden von Müttern einher.⁹ Denn Mütter (und Väter) werden während der Erziehungszeit in der Statistik als erwerbstätig erfasst. Insgesamt sind nur etwa 38 % der Mütter mit drei Kindern oder mehr als erwerbstätig registriert, und etwa 90 % davon arbeitet in Teilzeit. Kinderlose Frauen sind hingegen zu 80 % erwerbstätig.¹⁰ Nur in Italien ist die Erwerbsquote von Müttern mit drei Kindern mit 35 % geringer. In Dänemark sind es hingegen 67 % und in Finnland 56 % (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Erwerbsquote von Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren nach Zahl der Kinder unter 12 Jahren, 2003



Quelle: Aliaga (2005), eigene Darstellung.

Auch andere Faktoren beeinflussen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität in der Tendenz negativ. Dazu gehören das Ehegattensplitting, die ungenügende Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen (insbesondere an ganztägigen) sowie das geringe Enga-

⁹ Vgl. Merz (2004), S. 10-11.

¹⁰ Vgl. Lauer/Weber (2003), S. 4-5.

gement der Väter bei der Haushalts- und Erziehungsarbeit.¹¹ Weil sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als problematisch darstellte, entschieden sich berufsorientierte Frauen oftmals für ein Leben ohne Kinder oder schoben ihren Kinderwunsch so lange auf, bis die Realisierung aus biologischen Gründen nicht mehr möglich war.¹² Fakt ist, dass in keinem westeuropäischen Land mehr kinderlose Frauen leben als in Deutschland, wobei die Fertilität mit steigendem Bildungsstand deutlich abnimmt: 15,5 % der Frauen mit Hauptschulabschluss sind kinderlos, dagegen 23 % der Akademikerinnen.¹³ Gerade bei Akademikerinnen liegen nach der ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung die Opportunitätskosten für ein Kind besonders hoch.¹⁴ Demzufolge vermochte es die bisherige Familienpolitik nicht, Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit positiv zu beeinflussen. Dies kann auch ein Grund dafür sein, dass der Kinderwunsch in den letzten Jahren deutlich unter die bisherige Norm von zwei Kindern gesunken ist. Im Jahr 2005 wünschten sich Frauen im Durchschnitt nur noch 1,75, Männer sogar nur 1,59 Kinder.¹⁵

Das neue BEEG sieht nach skandinavischem Vorbild eine Elternzeit von 12 bis 14 Monaten vor. Ein Elternteil kann dabei höchstens 12 Monate in Anspruch nehmen. Beteiligen sich beide Elternteile an der Elternzeit, können sie 14 Monate untereinander aufteilen, unter der Bedingung, dass sich jeder für mindestens 2 Monate „verpflichtet“. Da abzusehen ist, dass meist die Mutter die längere Zeit in Anspruch nehmen wird, werden die zwei zusätzlichen Monate als „Vatermonate“ bezeichnet. Die Höhe des Elterngeldes beträgt 67 % des durchschnittlichen Einkommens im Jahr vor der Geburt, mindestens jedoch 300 Euro und höchstens 1 800 Euro im Monat, sofern die Erwerbstätigkeit während der Bezugszeit völlig niedergelegt wird. Geringverdiener, Arbeitslose und Auszubildende erhalten nach dieser Regelung weniger Geld als nach dem BerzGG, nämlich nur noch den Sockelbetrag von 300 Euro monatlich für höchstens 14 Monate, früher für 2 Jahre. Wird innerhalb von 36 Monaten nach der Geburt des ersten Kindes ein zweites geboren, so erfolgt auf das zweite Elterngeld ein Zuschlag von 10 %, mindestens aber 75 Euro. Eine ähnliche „Geschwindigkeitsprämie“ gibt es auch in Schweden.¹⁶ Flankierend dazu soll in

¹¹ Beim Ehegattensplitting wird die Steuer des weniger verdienenden Ehepartners auf Basis des Gesamteinkommens beider Partner berechnet. Somit setzt es Anreize, dass sich der weniger verdienende Partner (meist die Frau) zum Teil oder ganz aus dem Berufsleben zurückzieht.

¹² Vgl. Deutscher Bundestag (2006), S. 1.

¹³ Vgl. Gräf (2006), S. 2.

¹⁴ Vgl. Schaible/Schweiger/Kaul (2006), S. 20.

¹⁵ Vgl. Höhn/Ette/Ruckdeschel (2006), S. 17.

¹⁶ Vgl. Vgl. Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (2006), S. 2 f.

absehbarer Zeit das Angebot an Kindertagesstätten ausgebaut werden, welches im internationalen Vergleich noch erhebliche Defizite aufweist, insbesondere in Bezug auf die Betreuung von Kindern unter 2 Jahren und das Ganztagsangebot. Überdies wird an Unternehmen appelliert, die Kinderfreundlichkeit zu erhöhen, beispielsweise durch die Schaffung von Teilzeitstellen, die Möglichkeit eines heimischen Arbeitsplatzes und die Unterstützung der Vatermonate.¹⁷

Aufgrund dieser familienpolitischen Neuausrichtung wurden bei der Erarbeitung des BEEG folgende Effekte für den Zeitraum von 2007 bis 2009 prognostiziert: Durch die kürzere Erwerbspause und der Orientierung des Elterngeldes am individuellen Einkommen wird der „Achterbahneffekt des Einkommens“¹⁸ vermindert werden, der bei vielen Müttern wegen des Wechsels zwischen Vollzeitberufstätigkeit, Erwerbsunterbrechungen und Teilzeiterwerbstätigkeit beobachtet wurde. Ziel ist es, dass kein Elternteil dauerhaft auf die Hilfe des Staates oder des Lebenspartners angewiesen ist. Dadurch wird ein positiver Einfluss auf die Geburtenrate erwartet, der jedoch im Gesetzesentwurf mit dem Begriff der „Stabilisation“¹⁹ noch überaus vorsichtig formuliert ist. Des Weiteren wird auf der Grundlage internationaler Erfahrungen mit einer Steigerung der Inanspruchnahme der Elternzeit von Vätern von 5 % auf bis zu 27 % gerechnet. Schließlich spricht die Reform speziell erwerbsorientierte Frauen an, da die Unterbrechung der Berufstätigkeit auch während der Elternzeit nicht erforderlich und demzufolge ein geringerer Einkommensverlust als nach dem BerzGG zu erwarten ist. Es wird also eine Zunahme der Frauenerwerbsquote angenommen, die das Angebot an Fachkräften erhöht und zur Stärkung der Sozialversicherung beiträgt.²⁰ Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft konstatiert, dass die neue Familienpolitik durch den Anstieg der Geburtenrate sowie der Frauenerwerbstätigkeit sogar das Wirtschaftswachstum langfristig um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr erhöhen kann.²¹

¹⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (2006), S. 2, 17.

¹⁸ Plünneke (2007), S. 16.

¹⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (2006), S. 17.

²⁰ Vgl. ebd., S. 17-18.

²¹ Vgl. Plünneke (2007), S. 27.

3 Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität: wirtschaftstheoretische Erklärungsansätze

3.1 Determinanten der „Nachfrage“ nach Kindern

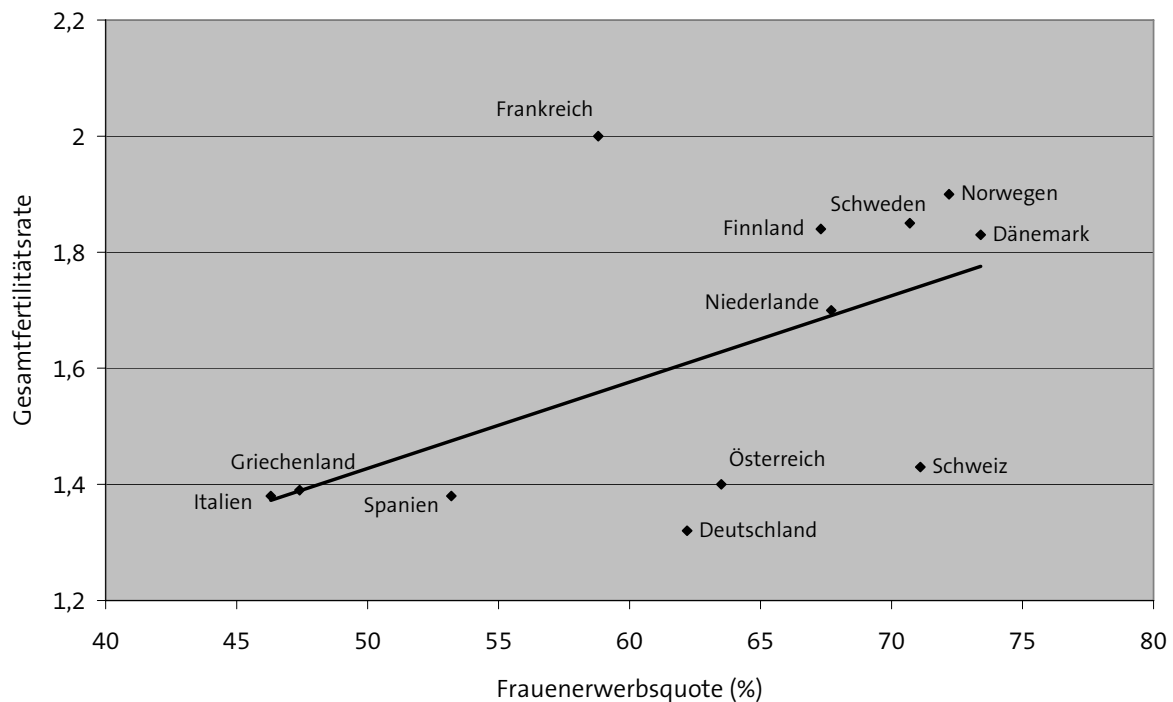
Zieht man zur Erklärung der Wirkung von Familienpolitik auf die Fertilität familienökonomische Theorien heran, so steht der Kostenfaktor Kind im Mittelpunkt. Wenn Kinder als „normale Güter“ angesehen werden, steigt die Nachfrage nach Kindern mit dem Einkommen und sinkt dementsprechend bei steigenden Kosten.²² Neben direkten Kosten verursachen Kinder Opportunitätskosten in Form von Einkommens- und Humankapitalverlusten durch die Erwerbsunterbrechung für die Kindererziehung.²³ Becker (1981) identifiziert das gestiegene Einkommen der Frau (relativ zum Einkommen des Mannes) und die dadurch erhöhten Opportunitätskosten als eine zentrale Ursache des Fertilitätsrückgangs in den Industrieländern im 20. Jahrhundert. Nach Galor und Weil (1996) führt ein Anstieg des relativen Einkommens der Frau zu dem des Mannes zu einer relativ stärkeren Erhöhung der Kosten von Kindern als des Haushaltseinkommens, was ebenfalls eine negative Korrelation von Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit zur Folge hat. Im Zeitverlauf geht die steigende Frauenerwerbsquote, definiert als der Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Frauen im erwerbsfähigen Alter, tatsächlich mit einer sinkenden Fertilität einher. Dieser deskriptive Zusammenhang galt in den 1970er und 1980er Jahren jeweils auch im Querschnittsvergleich westeuropäischer Länder. Seit den 1990er Jahren ist bei diesem Vergleich jedoch ein positiver Zusammenhang zu verzeichnen.²⁴ Abbildung 2 stellt dies für das Jahr 2005 dar. In Skandinavien ist sowohl die Frauenerwerbsquote als auch die Gesamtfertilitätsrate vergleichsweise hoch, in Mitteleuropa zeigt sich ein heterogenes Bild, und südeuropäische Länder bilden das Schlusslicht bezüglich der beiden Parameter.

²² Vgl. Becker (1981), S. 107; Leibenstein, H. (1957): *Economic Backwardness and Economic Growth*. Wiley. Zitiert nach Lauer/Weber (2003), S. 12.

²³ Vgl. Walker (1995), S. 229.

²⁴ Vgl. Apps/Rees (2004), S. 745.

Abb. 2: Frauenerwerbsquote und Gesamtfertilitätsrate in Westeuropa, 2005



Quelle: Eurostat (2008), eigene Darstellung.

Theoretisch können familienpolitische Maßnahmen zur Umkehr des Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Gesamtfertilitätsrate beigetragen haben, so dass in Westeuropa gegenwärtig eine relativ hohe Fertilitätsrate mit einer hohen Frauenerwerbsquote einhergeht und andersherum. Eine gesetzlich vorgeschriebene Elternzeit mit einkommensabhängigem Elterngeld ermöglicht Müttern die Rückkehr zu ihrem Arbeitsplatz nach einer kurzen Unterbrechung der Berufstätigkeit auf Grund einer Geburt. Dadurch verringern sich die Opportunitätskosten eines Kindes, so dass es sich weniger negativ auf das Haushaltseinkommen auswirkt und daher ein positiver Effekt auf die Gesamtfertilität zu erwarten ist. Familienpolitische Maßnahmen können aber auch die Fertilitätsstruktur beeinflussen, beispielsweise das „Timing“ (das Alter der Mutter bei Erstgeburt) und das „Spacing“ (der Abstand zwischen zwei Geburten derselben Frau). Bewirkt eine Maßnahme lediglich Veränderungen im Timing und Spacing, spricht man von einem Mitnahmeeffekt, d.h. dem „Nachholen und insbesondere [...] [dem] Vorziehen von ohnehin geplanten Geburten unter Wahrnehmung der angebotenen sozialpolitischen Leistungen.“²⁵

²⁵ Laux (1994), S. 205.

3.2 Familienpolitische Maßnahmen, Fertilitätsrate und Frauenerwerbstätigkeit²⁶

3.2.1 Modellrahmen

Apps und Rees (2004) analysieren anhand eines mikroökonomischen Modells, ob familienpolitische Maßnahmen zur Trendumkehr des Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbsquote und Gesamtfertilitätsrate in den Industriestaaten beigetragen haben. Zu diesem Zweck wird in das Modell neben der üblichen häuslichen Betreuung des Kindes eine Variable für die außerhäusliche Betreuung eingeführt. Die Nachfragefunktion für den prozentualen Anteil des Zeitinputs von häuslicher (z) und außerhäuslicher Betreuung (x) hängt vom Monatslohn der Frau w_f und der Anzahl der Kinder n ab:

$$z^* = \hat{z}(w_f)n \quad (1.1)$$

$$x^* = \hat{x}(w_f)n \quad (1.2)$$

Ein Haushalt steht nun vor folgendem Maximierungsproblem des Nutzens:

$$\max u = \gamma \ln n + (1 - \gamma) \ln c \quad (1.3)$$

$$u. d. N. \quad w_m + w_f = p(w_f)n + c \quad (1.4)$$

Ein Paar bestimmt demnach seine Kinderzahl und seinen Konsum c in Abhängigkeit von seinen Präferenzen ($\gamma \in [0,1]$ für Kinder, $(1 - \gamma) \in [0,1]$ für den Konsum) und unter Berücksichtigung des Haushaltseinkommens. Das wiederum setzt sich aus den Nettolöhnen der Frau und des Mannes zusammen ($w_f + w_m$) und kann für den Konsum, dessen Preis auf 1 normiert ist, und die Kosten für Kinder – dem Preis p pro Kind multipliziert mit der Kinderzahl – verwendet werden kann. Der Preis hängt von dem Lohn der Mutter ab. Aus dem Maximierungsproblem ergibt sich folgende Nachfragefunktion nach Kindern:

$$n^* = \frac{\gamma(w_m + w_f)}{p(w_f)} \quad (1.5)$$

²⁶ Für das gesamte Kapitel 3.2 vgl. Apps/Rees (2004), wenn nicht anders gekennzeichnet.

$$\text{mit } \frac{\partial n^*}{\partial w_f} = \frac{\gamma - z^*}{p} > 0 \quad (1.6)$$

Wenn der Anteil der Zeit, den die Frau mit Kinderbetreuung verbringt, relativ zu ihrer Präferenz für Kinder klein ist ($z^* < \gamma$), führt eine Lohnerhöhung (durch eine höhere monatliche Arbeitsstundenzahl) zu einem positiven Einkommenseffekt und damit zu einer Zunahme der Fertilität, weil Kinder als „normale Güter“ gelten. In dem Fall $z^* > \gamma$ überwiegt hingegen der Substitutionseffekt, und der Lohnanstieg wirkt sich negativ auf die Anzahl der Kinder aus. Dieser Effekt kann jedoch durch die Inanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten abgeschwächt werden. Je größer der Anteil an außerhäuslicher Betreuung \hat{x} , desto niedriger ist z^* , und umso geringer ist der negative Effekt des Lohnanstiegs der Frau auf die Kinderzahl. Folglich fällt in Ländern mit relativ gut ausgebauter Kinderbetreuungsinfrastruktur der negative Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate weniger gravierend aus. Die Substitution der häuslichen Betreuung durch öffentliche Betreuung verringert die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung, so dass der positive Einkommenseffekt bei einer Lohnerhöhung überwiegt.

Außer dem Angebot an Kindertagesstätten gehören üblicherweise auch eine steuerfinanzierte direkte monetäre Unterstützung von Familien in Form von Kindergeld und die Subventionierung öffentlicher Kinderbetreuung zu den Hauptmaßnahmen der Familienpolitik. Das Modell wird um diese Komponenten ergänzt. Die Bruttolöhne \hat{w}_f und \hat{w}_m , welche während der Analyse konstant bleiben, werden mit den marginalen Steuersätzen τ_f und τ_m besteuert.²⁷ Der Nettolohn einer Arbeitskraft ist definiert als

$$w_i = (1 - \tau_i)\hat{w}_i, \quad i = f, m \quad (1.7)$$

Mit den Steuereinnahmen wird ein Kindergeld g pro Kind finanziert. Zusätzlich erhält jede Familie einen Zuschuss σ für jede Einheit öffentlicher Betreuung, gemessen in Einheiten des Konsums. Zu Beginn gilt $\sigma = 0$, und durch die Einführung einer staatli-

²⁷ Die Steuersätze müssen nicht gleich sein. In einem Steuersystem mit Besteuerung von Paaren oder Ehegattensplitting gilt $\tau_f = \tau_m$. Da Frauen in der Regel weniger verdienen, ist ihr Steuersatz bei einer individuellen Besteuerung und bei unterschiedlichen marginalen Steuersätzen je nach Einkommen niedriger.

chen Subvention ist eine Erhöhung von $d\sigma > 0$ möglich. Die Kosten für ein Kind werden nun durch eine Funktion bestimmt, die diesen Zuschuss berücksichtigt.²⁸ Es entsteht folgender Zusammenhang:

$$\frac{\partial p(w_f, \sigma)}{\partial \sigma} = -\hat{x} < 0 \quad (1.8)$$

Je größer demnach der Zuschuss für außerhäusliche Kinderbetreuung, desto geringer sind die Kosten für ein Kind, da die Ableitung negativ ist. Auch in die Budgetbeschränkung des Haushalts geht dieser Zuschuss ein:²⁹

$$[p(w_f, \sigma) - g]n + c = w_f + w_m \quad (1.9)$$

Das Einkommen des Paares wird nach wie vor für Konsum und Kinder verwendet. Die Kinderzahl hängt nun nicht mehr allein vom Lohn der Frau und der Präferenz für Kinder ab, sondern zusätzlich vom Kindergeld und dem Zuschuss für öffentliche Kinderbetreuung, durch welche die Kosten für ein Kind ceteris paribus sinken:

$$n^* = \frac{\gamma(w_m + w_f)}{p(w_f, \sigma) - g} \quad (1.10)$$

Die Budgetbeschränkung der Regierung, welche die familienpolitischen Maßnahmen durch Steuereinnahmen finanzieren muss, für eine Familie ist bestimmt durch:

$$\tau_f \hat{w}_f (1 - z^*) + \tau_m \hat{w}_m - g n^* - \sigma x^* = 0 \quad (1.11)$$

Mit diesem Modell können anhand komparativer Statik die Auswirkungen verschiedener familienpolitischer Maßnahmen auf Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität analysiert werden.

²⁸ Das Minimierungsproblem wird jetzt mit der Gleichung $C = w_f z + (1 - \sigma)x$ gelöst.

²⁹ Annahme: Die Kosten für ein Kind sind größer als das Kindergeld, $p(w_f, \sigma) - g > 0$.

3.2.2 Implikationen für die Familienpolitik

Ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich, etwa durch das Angebot an Kindertagesstätten, kommt es nach diesem Modell zur Dominanz des Einkommenseffekts über den Substitutionseffekt. Demzufolge steigt die Nachfrage nach Kindern mit der Erwerbstätigkeit, da sich durch die Steigerung dieser das Lohneinkommen erhöht. In Bezug auf direkte finanzielle Anreize wie das Kindergeld kommen Apps und Rees zu einem überraschenden Ergebnis. Sie bestätigen den allgemein favorisierten Zusammenhang „mehr Kindergeld – mehr Kinder“ nicht. Höheres Kindergeld impliziert nämlich höhere Steuern, und eine Steuererhöhung wirkt sich in diesem Modell negativ auf die Fertilität aus, wenn für eine Familie die Kosten der öffentlichen Kinderbetreuung höher sind als das Kindergeld. In diesem Fall greift der Einkommenseffekt der Reduktion des Nettolohns: Sinkt das Einkommen, leistet sich die Frau weniger Kinder. Eine Steuererhöhung fällt bei höherem Einkommen mehr ins Gewicht, so dass gerade bei Wohlhabenden eine Kindergelderhöhung eine sinkende Fertilität zur Folge hat. Wenn aber das Kindergeld verringert und im Gegenzug die öffentliche Kinderbetreuung subventioniert wird, führt dies zu einem Anstieg sowohl der Frauenerwerbstätigkeit als auch der Fertilität. Denn der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit (ermöglicht durch die Versorgung der Kinder in kostengünstigen Betreuungsstätten) führt nicht nur zu einem höheren Lohn, sondern auch zu einer Expansion der Steuerbasis, so dass der Betrag der Kindergartensubvention größer ist als derjenige der Kindergeldsenkung. In einem Land, in dem sich die Familienpolitik vornehmlich auf die Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen für Kinder konzentriert und weniger auf direkte finanzielle Unterstützung, liegt entsprechend dieser Modellzusammenhänge sowohl die Frauenerwerbsquote als auch die Gesamtfertilitätsrate höher.

Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität werden auch durch das Steuersystem beeinflusst. Apps und Rees zeigen, dass sich das Ersetzen der Einheitssteuer für Paare („Ehegattensplitting“) durch einen progressiven individuellen Steuersatz positiv auf die Fertilität auswirkt. Durch eine entsprechende Steuerreform sinkt der Steuersatz für die Frau und steigt für den Mann, wenn die Frau weniger verdient. Die prozentuale Senkung des Steuersatzes auf das Einkommen der Frau kann aus zwei Gründen größer sein als die Erhöhung auf das Einkommen des Mannes. Erstens hat die Steu-

erreform eine Vergrößerung der Steuerbasis durch die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit zur Folge. Zweitens bringt die Verschiebung der Besteuerung zu Lasten der Männer einen übermäßigen Anstieg an Steuereinnahmen mit sich, weil die Löhne von Männern in vielen Ländern höher sind als die von Frauen. Wenn die Elastizität der Frauenerwerbstätigkeit groß genug ist, das heißt, wenn das Arbeitsangebot von Frauen stark auf die steuerlichen Anreize reagiert, kann der Gesamteffekt auf die Fertilität positiv sein. Bei einem Anstieg der Geburtenrate nimmt dann die Frauenerwerbstätigkeit zu, und Mütter leisten sich öffentliche Betreuungsplätze für ihre Kinder. Daraus erklärt sich, weshalb in Ländern mit individueller Besteuerung sowohl eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung als auch eine höhere Geburtenrate zu beobachten ist. Nach einer Studie von Wrohlich (2007) würden in Deutschland rund 135 000 verheiratete Frauen mehr arbeiten, wenn das Ehegattensplitting durch eine individuelle Besteuerung ersetzt werden würde. Das entspricht einem Anstieg der Frauenerwerbsquote um knapp 5 Prozentpunkte im Vergleich zu den Jahren 2001 bis 2003.

Auch die Besteuerung nach Familiengröße, wie beispielsweise in Frankreich, fördert nach diesem Modell nicht die Geburtenneigung. In kinderreichen Familien, in denen sich die Mutter auf die Kindererziehung „spezialisiert“ hat, führt die Erhöhung des Nettolohns durch eine Steuervergünstigung auf Grund des Substitutionseffektes zu einem Fertilitätsrückgang. Denn für diese Familien stellt die Betreuung in öffentlichen Einrichtungen keine Alternative zur häuslichen Betreuung dar. In Familien mit wenig Kindern, in der beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen, dominiert hingegen durch die Inanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuung der Einkommenseffekt. So entsteht auch bei diesem Familientyp ein negativer Fertilitätsanreiz. Ein Steuersystem, das kinderreiche Familien mit einem niedrigen Steuersatz „belohnt“ und andere mit einem höheren „bestraft“, hat demnach nicht die erwartete Wirkung auf die Fertilität.

Wie das Modell von Apps und Rees zeigt, kann die gegenwärtig relativ niedrige Geburtenrate in Westeuropa am besten durch Maßnahmen erreicht werden, welche auch die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern. Allerdings setzt eine steigende Frauenerwerbstätigkeit eine entsprechende Nachfrage nach Arbeitskräften voraus. Zudem werden Vorbehalte gegenüber Kindertagesstätten nicht berücksichtigt.

Gerade in Deutschland ziehen viele Mütter in den ersten Lebensjahren des Kindes die persönliche Betreuung einer Kindertagesstätte vor, wie die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage und die öffentliche Diskussion zeigen.³⁰ Auch wenn alle Mütter die Berufstätigkeit ergreifen können und qualitativ hochwertige Kindertagesstätten zur Verfügung stehen ist fraglich, wie viele Familien in Deutschland diese Angebote annehmen. Angesichts der Einführung von Vatermonaten in einer Reihe von europäischen Ländern in den letzten 20 Jahren ist außerdem kritisch zu bewerten, dass in diesem Ansatz an der geschlechtsspezifischen Aufteilung der Kinderbetreuung und Hausarbeit festgehalten wird.

3.3 Effekte verschiedener Elternzeitvarianten auf die Fertilitätsrate³¹

3.3.1 Modellrahmen

Erosa et al. (2005) untersuchen in ihrem Modell die Auswirkungen der Elternzeit auf Fertilität, Frauenerwerbstätigkeit, geschlechtsspezifisches und familienbedingtes Lohndifferenzial. Diese Auswirkungen hängen einerseits von der Dauer und der Finanzierung der Elternzeit und andererseits von sozioökonomischen Eigenschaften von Müttern (Bildungsstand, Einkommen) ab. Es wird ein Modell mit Fertilitäts- und Arbeitsmarktentscheidungen entwickelt, in dem es keine institutionelle Elternzeit gibt, sich Angestellte und Arbeitgeber jedoch auf freiwilliger Basis über eine derartige Auszeit einigen können. Anhand dieses Modells wird der Einfluss verschiedener Elternzeitregelungen, differenziert nach Finanzierung und Dauer, auf Fertilität, Arbeitsverhalten und Löhne analysiert werden.

Die Produktion des einzigen Gutes in der Modellökonomie ergibt sich aus einer steigenden Funktion in Abhängigkeit vom Humankapital, $y(h)$. Die Anzahl der Personen, die neu in die Produktion (also in den Arbeitsmarkt) einsteigen, hängt von der Anzahl der Matchings, d.h. der neuen Zuordnung von Arbeitssuchenden u und zu besetzenden Stellen e in jeder Periode ab. Das Matching wird bestimmt durch

$$z(u, e) = ku^\alpha e^{1-\alpha} \quad (2.1)$$

³⁰ Vgl. Terwey et al. (2005); Der Spiegel (2008).

³¹ Vgl. zu Kapitel 3.3 Erosa et al. (2005).

mit $\alpha \in (0,1)$ und $k > 0$. Mit der Wahrscheinlichkeit $p = \frac{z(u,e)}{u}$ findet ein Arbeitssuchender einen neuen Arbeitsplatz, und mit $q = \frac{z(u,e)}{e}$ besetzt ein Unternehmen einen freien Platz. Ein exogen bestimmter Arbeitsplatzverlust – beispielsweise eine rezessionsbedingte Kündigung – tritt in jeder Periode mit der Wahrscheinlichkeit λ ein.

In diesem Modell wird zwischen Männern sowie fruchtbaren und unfruchtbaren Frauen unterschieden. Der Nutzen einer fruchtbaren Frau (f) setzt sich aus dem Konsum und der Erziehungszeit, deren Nutzen mit der Kinderzahl abnimmt, zusammen. In jeder Periode wird ein Nutzwert v durch eine exogene und über die Zeit konstante Verteilung mit der kumulativen Verteilungsfunktion $F(v)$ bestimmt. Eine fruchtbare Frau ist zu Beginn mit vier Merkmalen ausgestattet, die den Erwerbsstatus j , den Familienstand d , das Humankapital h sowie die Kinderzahl n angeben. Der Erwerbsstatus j kann die Werte $j = o$ (erwerbstätig) und $j = no$ (nicht-erwerbstätig) annehmen. Für den Familienstand $d \in \{0,1\}$ gilt $d = 1$ bzw. d_1 , wenn sie in einer bestimmten Periode schon ein Kind hat. Es gilt ($d = 0$ bzw. d_0), wenn der Nutzen nur durch eine Geburt erreicht werden kann. Das Humankapital h einer Frau setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Einer Konstanten für die Bildung sowie je einer Variablen für die Arbeitserfahrung und das spezifische Wissen, von denen die erste stochastisch von der Zeit auf dem Arbeitsmarkt und die zweite von der Beschäftigungsdauer an einem bestimmten Arbeitsplatz abhängt. Mit dem Humankapital wird sie in der nächsten Periode mit der Wahrscheinlichkeit π_{hh}^g mit dem Humankapital h' ausgestattet sein, dessen Größe davon abhängt, ob sie weiterarbeitet ($g = a$), eine Kündigung erhält ($g = r$) oder die Elternzeit in Anspruch nimmt ($g = l$).

Zu Beginn der ersten Periode und nach Eintreten eines Fertilitätsschocks – einer exogen bestimmten Schwangerschaft – entscheidet sich die Frau für ($b = 1$) oder gegen ($b = 0$) ein Kind. Sie steht folgendem Maximierungsproblem gegenüber:³²

³² Die Wertfunktion vor dem Erkennen des Schocks lautet
$$W_j^f(d,h,n) = \int \max_v \{V_j^f(d,h,n+1,v), V_j^f(d,h,n,v)\} dF(v)$$

$$\max\{V_j^f(d, h, n+1, v), V_j^f(d, h, n, v)\} \quad (2.2)$$

V stellt eine indirekte Nutzenfunktion im dynamischen Kontext dar, welche den Lebensnutzen für einen Zustand beschreibt. Die optimale Politikregel lautet $b_j(d, h, n, v) \in \{0, 1\}$. Nun entscheidet die Frau, die entweder ein Arbeitsangebot erhält oder bereits erwerbstätig ist ($j = o$), nach der folgenden Gleichung, ob sie den Arbeitsplatz behalten (A) oder verlassen (R) oder die Elternzeit nutzen möchte (L). Das Entscheidungsproblem lautet

$$V_o^f(d, h, n, v) = \int_v \max\{A^f(d, h, n, v), R^f(d, h, n, v), L^f(d, h, n, v)\} \quad (2.3)$$

Genau wie bei den anderen Maximierungsproblemen dieses Modells wird hier nach dem Schema einer Bellmann-Gleichung maximiert.³³ Der Wert einer angenommenen Stelle ist gegeben durch:

$$\begin{aligned} A^f(d, h, n, v) = & w^f(d, h, n, v) + \gamma_n \log(1+n) \quad (2.4) \\ & + \beta(1-\phi)(1-\lambda) \sum_{h'} W_o^f(d_0, h', n) \pi_{hh'}^a \\ & + \beta(1-\phi)\lambda \sum_{h'} W_{no}^f(d_0, h', n) \pi_{hh'}^r \\ & + \beta\phi \left[(1-\lambda) \sum_{h'} W_o^{nf}(h', n) \pi_{hh'}^a + \lambda \sum_{h'} W_{no}^{nf}(h', n) \pi_{hh'}^r \right] \end{aligned}$$

mit der Präferenz für Kinder γ_n , dem Lohn der Frau w^f , dem effektiven Diskontsatz $\beta = \hat{\beta}(1-\rho)$, der durch den regulären Diskontsatz $\hat{\beta}$ und die Überlebenswahrscheinlichkeit $(1-\rho)$ bestimmt wird, und dem Erwartungswert W in Bezug auf den zukünftigen, das heißt nach dem jeweiligen Schock auftretenden, Fertilitäts- und Arbeitsstatus. Die Wahrscheinlichkeit, unfruchtbar zu werden, wird mit ϕ dargestellt. Die ersten zwei Terme auf der rechten Seite bestimmen den Nutzen in der aktuellen Periode, der sich aus der Höhe des Lohns und dem Nutzen von Kindern zusammensetzt. Die nächsten drei Terme erfassen den erwarteten Wert in

³³ Eine Bellmann-Gleichung folgt dem Schema $v = \max\{x + \beta v'\}$ und definiert den erwarteten, diskontierten Wert eines Zustandes in Abhängigkeit des jetzigen Zustandes.

der zukünftigen Periode, der davon abhängt, ob eine Frau weiterlebt, fruchtbar bleibt und ihren Arbeitsplatz behält oder nicht. Der dritte Term beschreibt den Fall, in dem die Frau fruchtbar bleibt und weiterhin arbeitet, der vierte denjenigen, bei dem die Frau fruchtbar bleibt und entlassen wird und der fünfte Term die Möglichkeit, dass die Frau unfruchtbar wird (W^{nf}) und entweder weiter arbeitet ($\pi_{hh'}^a$) oder eine Kündigung erhält ($\pi_{hh'}^r$). Das Wachstum des Humankapitals hängt davon ab, ob die Frau ihren Arbeitsplatz behält oder nicht. Wenn sie die Arbeitsstelle annimmt, tritt sie mit einem Familienstand von d_0 in die nächste Periode ein.

Die Gleichungen für die Ablehnung eines Arbeitsangebots und die Inanspruchnahme der Elternzeit beziehungsweise der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerin verhandelten Auszeit werden analog gebildet. Der weitere Verlauf hängt vom Fruchtbarkeitsstatus in der nächsten Periode und den exogenen Schocks auf dem Arbeitsmarkt ab. In Abwesenheit dieser exogenen Schocks kann sie in jedem Fall wieder arbeiten (Wahrscheinlichkeit=1), da die Elternzeitregelung vor einer Entlassung schützt. Die Zunahme des Humankapitals wird durch π^l beziehungsweise bei einem exogenen Arbeitsmarktschock durch π^r erfasst.

Findet eine Frau keinen Arbeitsplatz ($j = no$), entspricht der Wert von V dem einer Frau mit zurückgewiesenem Arbeitsangebot:

$$V_{no}^f(d, h, n, v) = R^f(d, h, n, v). \quad (2.5)$$

Auf Grund der Annahme, dass die Kinder zu dem Zeitpunkt das Elternhaus verlassen, zu dem eine Frau unfruchtbar wird, ist der Nutzen aus der Erziehungszeit dann nicht länger gegeben. Daher wird die Frau nun durch ihren Erwerbsstatus, das Humankapital und die Kinderzahl charakterisiert. Die einzige Entscheidung, die sie treffen muss, ist die Annahme oder Ablehnung eines angebotenen Arbeitsplatzes. Eine unfruchtbare Frau, die kein Arbeitsangebot erhält (no), trifft keine Entscheidung.

Auf der Angebotsseite möchten die Arbeitgeber ihren Nutzen auf dem Arbeitsmarkt maximieren. Das Maximierungsproblem des Wertes eines Arbeitsplatzes J aus Sicht des Unternehmens für den Arbeitsplatz einer fruchtbaren Frau hängt folglich davon

ab, ob sie arbeitet (a), die mit dem Arbeitgeber verhandelte Elternzeit in Anspruch nimmt (l) oder kündigt (0):

$$J^f(d, h, n, v) = \max\{J_a^f(d, h, n, v), J_l^f(d, h, n, v), 0\}. \quad (2.6)$$

Arbeitet die Frau, wird der Wert des Arbeitsplatzes bestimmt durch

$$\begin{aligned} J_a^f(d, h, n, v) = & y(h) - w^f(d, h, n, v) \quad (2.7) \\ & + \beta(1 - \phi)(1 - \lambda) \sum_{h'} \int_{v'} b_o [(d_0, h', n, v')] J^f(d_1, h', n + 1, v') \\ & + (1 - b_o(d_0, h', n, v')) J^f(d_0, h', n, v') \Big] dF(v') \pi_{hh'}^a \\ & + \beta \phi (1 - \lambda) \sum_{h'} J^{nf}(h', n) \pi_{hh'}^l. \end{aligned}$$

Die ersten beiden Terme geben den Wert der Arbeit (Differenz aus Gewinn und Lohnsatz) in der ersten Periode an, während die folgenden den erwarteten zukünftigen Wert beschreiben, der davon abhängt, ob die Frau fruchtbar bleibt und Kinder bekommt oder nicht. Die Gleichung für eine Frau in Elternzeit wird analog gebildet. Da während der Elternzeit kein Beitrag zur Produktion geleistet wird, sondern der Arbeitsplatz mit Kosten für den Arbeitgeber verbunden ist, wird der Produktionsertrag $y(h)$ in dieser Gleichung durch die Kosten ($-C$) ersetzt.

Die gemeinsame Entscheidung des Arbeitgebers und des Bewerbers über die Beendigung eines Arbeitsvertrages, die Ablehnung oder die Nutzung der Elternzeit geht aus folgendem Maximierungsproblem hervor:

$$\max\{A^i(s) - R^i(s) + J_a^i(s); L^i(s) - R^i(s) + J_l^i(s); 0\} \quad (2.8)$$

mit $i \in \{m, f, nf\}$ zur Beschreibung des Geschlechts und Fruchtbarkeitsstatus und s für die Eigenschaften des jeweiligen Individuum.³⁴ Die Ablehnung eines Arbeitsvertrages ergibt für alle einen Wert von 0. Bei Annahme eines Arbeitsplatzes wird der Lohn durch einen allgemeinen Nash-Verhandlungsprozess ermittelt.

³⁴ Die fruchtbare Frau wird durch die Merkmale (d, n, h, v) beschrieben, eine unfruchtbare Frau durch (h, n) und ein Mann durch (h) .

Letztlich entspricht der Arbeitsplatzwert für eine Arbeitskraft dem einer Arbeitsplatzalternative plus einem Anteil ε , der den Vorteil des angenommenen Arbeitsplatzes widerspiegelt. Der Mehrwert für den Arbeitgeber entspricht $1-\varepsilon$.³⁵ Die Lohnsätze eines „aktiven“ Arbeitsplatzes und eines mit Elternzeit werden dann aus der Differenz zur Ablehnung berechnet:

$$A^i(s) - R^i(s) = \frac{\varepsilon}{1-\varepsilon} [J_a^i(s) - 0] \quad (2.9)$$

$$L^i(s) - R^i(s) = \frac{\varepsilon}{1-\varepsilon} [J_l^i(s) - 0]. \quad (2.10)$$

Ist die rechte Seite gleich Null, so ist eine Bewerberin indifferent zwischen Annahme des Arbeitsplatzes und Ablehnung (Gl. 2.9) bzw. Elternzeit und Ablehnung (Gl. 2.10). Dann kann die Höhe des Lohns bestimmt werden, ab der sich die Annahme des Arbeitsplatzes oder der Elternzeit für eine Bewerberin lohnt.

Zur Kalibrierung der Parameter im Grundmodell werden Daten aus den USA vor der Einführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Elternzeit verwendet. Danach wird in das Modell eine solche Elternzeit eingeführt. Genau wie nach dem neuen BEEG in Deutschland gleicht die Höhe des Elterngeldes einem prozentualen Anteil (hier: θ) des Einkommens der Frau vor der Geburt

$$w_l^f(d, h, n, v, e) = \theta w^f(d_0, h, n-1, v, e_0) \quad (2.11)$$

Die Variable e steht für die Anzahl der Elternzeitperioden.³⁶ Es wird angenommen, dass die Frau während ihrer letzten erwerbstätigen Periode $n-1$ Kinder hatte, sie keinen Wert aus dem Nutzen der Zeit für die Kindererziehung zog ($d = d_0$) und keine Elternzeit nehmen konnte. Der Term $w^f(d_0, h, n-1, v, e_0)$ stellt die Schätzung des Lohnsatzes vor der Elternzeit dar, auf dem das Elterngeld basiert.

³⁵ Es gilt $\varepsilon \in [0,1]$.

³⁶ Unter der Annahme, dass eine Frau ohne Anspruch auf gesetzliche Elternzeit ($e = e_0$), eine derartige Erwerbspause mit ihrem Arbeitgeber verhandeln kann, gelten die Funktionen des Grundmodells.

3.3.2 Implikationen für die Elternzeit- und Elterngeldpolitik

Mit dem erweiterten Modell lässt sich der Einfluss verschiedener Elternzeitregelungen auf das Fertilitäts- und Erwerbsverhalten unterschiedlicher Bildungsgruppen sowie auf das geschlechtsspezifische und das familienbedingte Lohndifferenzial analysieren. Nach diesem Modell beeinflusst die Einführung einer gesetzlichen Elternzeit all diese Faktoren; in quantitativer Hinsicht sind die Effekte jedoch gering. Ist eine Elternzeit gesetzlich verankert, unterbrechen Mütter nur für einen begrenzten Zeitraum ihre Berufstätigkeit, um sich ganz ihrem Kind zu widmen, anstatt sich endgültig aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen. Danach setzen sie die Arbeit ihrem Arbeitsplatz fort. Dadurch verkürzt sich insgesamt die Zeit der Arbeitsmarktabwesenheit von Müttern, so dass die Frauenerwerbstätigkeit in einer Ökonomie steigt, während die Zeit, die eine Mutter mit ihrem Kind verbringt, sinkt. Der größte positive Einfluss auf die Erwerbstätigkeit ist im Vergleich zu den Variationen des Gesetzes nach Dauer und Bezahlung bei einer bezahlten Elternzeit von einem Jahr zu erwarten, und zwar in der Gruppe von Frauen mit niedrigem Bildungsstand.³⁷ Die Zunahme der Erwerbstätigkeit ist jedoch zum Teil auf die wachsende Anzahl von Müttern, die sich in Elternzeit befinden, zurückzuführen. Der Anteil von Müttern mit Kleinkindern, die tatsächlich aktiv an ihrem Arbeitsplatz tätig sind, sinkt mit der Dauer der Elternzeit und mit der Einführung eines Elterngeldes.

Die weit verbreitete Annahme, dass sich eine Elternzeit deutlich negativ auf das Humankapital und den Lohn einer Frau auswirke, kann in diesem Ansatz nicht bestätigt werden. Das geschlechtsspezifische Lohndifferenzial erhöht sich, das familienbedingte Lohndifferenzial verringert sich hingegen um wenige Prozentpunkte. Allerdings werden hier lediglich relativ kurze Elternzeiten von einer Dauer bis zu einem Jahr verglichen. Es besteht die Gefahr, dass sich der schwache negative Einfluss auf das geschlechtsspezifische Lohndifferenzial bei einer längeren Dauer weiter ausdehnt. Für Deutschland würde dies bedeuten, dass eine Verkürzung der bis zu drei Jahre langen Erziehungszeit auf eine höchstens einjährige Elternzeit dieses Lohndifferenzial tendenziell verringert.

³⁷ Erosa et al. (2005) Unterscheiden zwischen drei Bildungsniveaus: niedriges Bildungsniveau (Bildungsgruppe 1) mit einem Schulabschluss, mittleres Bildungsniveau (Bildungsgruppe 2) mit einem Bachelor, hohes Bildungsniveau (Bildungsgruppe 3) Akademikerinnen mit Hochschulabschluss.

Da die Elternzeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, entscheiden sich mehr Frauen für Kinder. Weil die Fertilität von Frauen mit mittlerem und höherem Bildungsniveau durch die Elternzeit mit einkommensabhängigem Elterngeld maßgeblich gesteigert werden kann, ist der größte positive Effekt auf die Geburtenrate laut dieser Analyse im Fall einer einkommensabhängigen Elternzeit von einem Jahr zu erwarten. Eine entsprechende familienpolitische Maßnahme ist demnach insbesondere für alternde Gesellschaften interessant, die aufgrund demographischer Entwicklungen mit einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften konfrontiert sind. Denn erstens steigt durch die höhere Frauenerwerbsquote das Angebot an Arbeitskräften umgehend, und zweitens wird das zukünftige Arbeitskräfteangebot durch eine höhere Geburtenrate positiv beeinflusst.

Offen bleibt in diesem Modell die Frage, wie es sich mit der Dauer von einem Jahr hinsichtlich des optimalen Zeitraumes der Elternzeit gegenüber der Steigerung der Geburtenrate verhält, wenn längere Elternzeiten in die Analyse mit einbezogen werden. Aus dieser Analyse geht jedenfalls nicht hervor, ob die Fertilität mit einer längeren Dauer der Elternzeit weiterhin ansteigt, oder nach einem Höhepunkt wieder sinkt, wenn sich beispielsweise der Humankapitalverlust bei einer langen Erwerbsunterbrechung deutlich erhöht. Da die Elternzeit nach dem BEEG in Deutschland kürzer ist als die davor geltenden Erziehungszeit, lässt diese Analyse keine Aussage über den Nettoeffekt der Gesetzesänderung in Deutschland vom BerzGG zum BEEG auf die Geburtenrate zu.

4 Familienpolitik, Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate in Westeuropa

4.1 Skandinavien: Fokus auf Arbeitsmarktintegration beider Elternteile

Im Rahmen ihres universalistischen Wohlfahrtsstaatssystems bauten die Skandinavier ihre Sozial- und Familienpolitik seit den 1960er Jahren massiv aus mit dem Ziel, alle erwerbsfähigen Frauen und Männer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Schweden gilt als Pionier der Familienfürsorge in Skandinavien, die seit der Einführung des Mutterschaftsurlaubes vor über 100 Jahren sukzessive ausgebaut wird. Sie umfasste im Jahr 1989 eine einjährige Elternzeit, die flexibel von beiden

Elternteilen genutzt werden kann, und dessen Kompensation 90 % des Einkommens vor der Geburt betrug.³⁸ Um einer geschlechtsspezifischen Nutzung entgegen zu wirken, wurde im Jahr 1995 der „Vatermonat“ eingeführt, also ein für den Partner (oder gegebenenfalls die Partnerin) reservierter Monat der Elternzeit, der im Jahr 2002 auf zwei Monate ausgedehnt wurde. Zusätzlich erhalten Eltern, wenn nach einer Geburt innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine weitere erfolgt, seit 1974 besondere Vergünstigungen beim zweiten Elterngeld und den Kosten für den zweiten Betreuungsplatz („Geschwindigkeitsprämie“).³⁹ Da mittlerweile jedes Kind nach der Elternzeit einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Versorgung in einer Krippe oder einem Kindergarten hat, zählt Schweden zu den Ländern mit den höchsten außerhäuslichen Betreuungsraten. Die vergleichsweise hohe Qualität dieser Einrichtungen zeigt sich insbesondere an der exzellenten Ausbildung der ErzieherInnen und einem ErzieherInnen-Kind-Verhältnis von 1:6. In den meisten anderen westeuropäischen Staaten liegt dieses Verhältnis hingegen bei 1:10.⁴⁰ Die Kosten für den Betreuungsplatz werden bis zu 90 % vom Staat subventioniert, was für die Familien eine spürbare finanzielle Entlastung bedeutet. Im Krankheitsfall des Kindes ist die Freistellung eines Elternteils vom Arbeitsplatz bis zu 90 Tage im Jahr garantiert.⁴¹ Die übrigen skandinavischen Länder folgten dem schwedischen Modell und bauten es ebenfalls stetig aus. Trotz feiner länderspezifischer Unterschiede besteht heute in ganz Skandinavien die Möglichkeit beziehungsweise das Recht auf eine kurze Erwerbspause mit geringen Einkommensbußen und eine Kinderbetreuung in öffentlichen Tagesstätten (vgl. Tab. 1). Somit ist die schnelle Rückkehr ins Berufsleben gesichert, was theoretisch zur Reduktion der Opportunitätskosten führt, so dass ein positiver Effekt auf die Fertilität und die Frauenerwerbstätigkeit zu erwarten ist.

Tatsächlich gehen in Skandinavien seit den 1980er Jahren weit über die Hälfte der Frauen einer Berufstätigkeit nach. Im Jahr 2006 waren es zwischen 67,3 % (Finnland) und 73,4 % (Dänemark), dagegen in Deutschland 62,2 % (vgl. Abb. 2). Zudem fallen die Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von kinderlosen Frauen und

³⁸ Lediglich Mitte der 1990er Jahre reduzierte sich dieser Betrag kurzzeitig auf 75 % auf Grund einer gesamtwirtschaftlichen Rezession.

³⁹ Die zweite Geburt musste ab der Einführung der Geschwindigkeitsprämie 1974 innerhalb von 12-18 Monaten (regional unterschiedlich), seit 1980 innerhalb von 24 Monaten, seit 1986 innerhalb von 30 Monaten erfolgen. In der Wissenschaft wird von einer Geschwindigkeitsprämie gesprochen, da diese Maßnahmen das Spacing tendenziell verringern, was aber nicht die Intention des Staates war. Vgl. Björklund (2006), S. 5.

⁴⁰ Gupta et al. (2006), S. 11, beziehen das Verhältnis 1:10 auf alle anderen OECD-Staaten, zu denen auch die westeuropäischen Staaten gehören, um die es in diesem Vergleich geht.

⁴¹ Vgl. Björklund (2006), S. 7.

Müttern wesentlich geringer aus als in Deutschland (vgl. Abb. 1). Mit einer Gesamtfertilitätsrate zwischen 1,83 (Dänemark) und 1,9 (Norwegen) ist es den skandinavischen Ländern gelungen, den negativen Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Gesamtfertilitätsrate umzukehren (vgl. Abb. 2).

Einen positiven Einfluss auf die Gesamtfertilität haben in ganz Skandinavien vor allem das vorbildliche Angebot an Kinderbetreuungsstätten sowie das Engagement des Vaters bei der Kinderversorgung.⁴² Das Spacing hat sich nur in Schweden auf Grund der Einführung der Geschwindigkeitsprämie signifikant verkürzt, insbesondere nach 1986, als der hierfür vorgeschriebene Zeitraum von 24 auf 30 Monate zwischen zwei Geburten verlängert wurde.⁴³ In Bezug auf das Timing liegen die Skandinavierinnen etwa im westeuropäischen Durchschnitt, obwohl das einkommensabhängige Elterngeld Frauen anregt, vor der Familiengründung ihre Ausbildung zu beenden und für mindestens ein Jahr eine Vollzeitstelle anzunehmen.⁴⁴ Dennoch ist ein Trend zur späteren Mutterschaft ab dem 30. Lebensjahr zu beobachten, der eine grundlegende Veränderung im Gebärverhalten darstellt. Im Gegensatz zu Deutschland führte das spätere Timing schlussendlich nicht zur Abkehr vom Kinderwunsch und damit nicht zu einem Anstieg der Kinderlosigkeit. Skandinavische Akademikerinnen bekommen jedoch trotz der Ausrichtung der Familienpolitik auf die Senkung der Opportunitätskosten nach wie vor weniger Kinder als Nicht-Akademikerinnen, der Unterschied ist jedoch wesentlich kleiner als im übrigen Westeuropa.⁴⁵ Entscheidend für die Familiengröße ist vielmehr die Ausbildungsrichtung der Frau. Es findet eine Selbstselektion familienorientierter Frauen in Tätigkeiten des öffentlichen Sektors statt, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Aussicht stellen. Im Gegensatz zum privaten Sektor werden hier jedoch keine Spitzenlöhne gezahlt.⁴⁶ In den skandinavischen Ländern ist mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen im öffentlichen Sektor angestellt, dagegen knapp ein Viertel der Männer. Diese sind überwiegend im privaten Sektor tätig, nehmen die Elternzeit weniger in Anspruch, verdienen mehr als ihre Partnerinnen und tragen dadurch in erster Linie zur finanziellen Versorgung ihrer Familie bei. Das führt zu einer neuen Familienform des männlichen Brotverdieners mit einer weiblichen Zuverdienerin.⁴⁷ Gleichwohl hängt

⁴² Vgl. Neyer et al. (2006), S. 24.

⁴³ Vgl. Björklund (2006), S. 17; Andersson (2004), S. 168.

⁴⁴ Vgl. Eurostat (2008).

⁴⁵ Vgl. Neyer et al. (2006), S. 12.

⁴⁶ Vgl. Neyer et al. (2006), S. 14.

⁴⁷ Vgl. Gupta et al. (2006), S. 22.

das Fertilitätsverhalten in Schweden stark von der Erwerbstätigkeit der Frau ab. Der kurzfristige Einbruch der Gesamtfertilität Mitte der 1980er Jahre ist auf die wirtschaftliche Rezession zurückzuführen, genauer auf die negative Erwartungshaltung in Bezug auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Zunahme des Anteils der Frauen in (Weiter-) Bildungsmaßnahmen (bei gleichzeitiger Abnahme der Frauenerwerbstätigkeit) sowie auf Kürzungen des Elterngeldes während der ökonomischen Krise. Dieses pro-zyklische Fertilitätsverhalten geht aus der starken Erwerbsbezogenheit der Elternzeit- und Elterngeldregelung hervor.⁴⁸

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das skandinavische Modell der Familienpolitik beiden Elternteilen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Die Gesamtfertilitätsrate ist vergleichsweise hoch, obschon sich das Gebärverhalten deutlich verändert hat. Die Familienpolitik wirkte sich sowohl auf die Fertilitätsstruktur als auch das Verhalten von Bildungs- und Einkommensgruppen aus. Die bestehende Zurückhaltung der Väter bei der Kindererziehung, die Tendenz zu einem neuen Modell des männlichen Brotverdieners mit weiblicher Zuverdienerin sowie die Sensitivität bezüglich wirtschaftlicher Entwicklungen müssen in der Evaluation jedoch berücksichtigt werden.

⁴⁸ Vgl. Hoem (2000), S. 15-16.

Tabelle 1: Merkmale der Familienpolitik in ausgewählten westeuropäischen Ländern, 2003 - 2004

Land	Dauer der Elternzeit	Höhe des Elterngeldes	% der Väter, die Elternzeit in Anspruch nehmen	% der unter 3jährigen Kinder in öffentlicher Betreuung	% der Kinder in Kinderbetreuung/ Vorschule (3 Jahre bis Schulalter)
Deutschland	3 Jahre Erziehungszeit	300 € unter einer bestimmen Einkommensgrenze	5	7	89
Skandinavien					
Dänemark	32 Wochen	90 % des Einkommens ⁴⁹	6	56	93
Finnland	26 Wochen +119 Wochen optional	66 % in den 26 Wochen, danach ca. 442 € pro Monat	4,3	21	70
Norwegen	39 + 35 Wochen, 5 Wochen für den Vater	80 % des Einkommens in den 39 Wochen, Rest: 0	85	27	90
Schweden	18 Monate +2, wenn der zweite Elternteil mindestens 2 in Anspruch nimmt	80 % des Einkommens	42	41	90
Südeuropa					
Griechenland	3 Monate pro Elternteil	0	Sehr geringer Anteil	7	60
Italien	11 Monate (mindestens 3 für den Vater), oder 10 Monate für die Mutter	30 % des Einkommens	7	6	93
Spanien	36 Monate	0	1,5	10	98
Mitteleuropa					
Frankreich	36 Monate	0 (460 € pro Monat ab dem 2. Kind)	1	43	100
Niederlande	13 Wochen pro Elternteil	0	16	35	100
Österreich	24 Monate, 6 davon für den Vater	436 € pro Monat	2,6	9	82

Quellen: Plantenga/Remery (2005); Plantenga/Siegel (2004); Statistik Austria (2008).

⁴⁹ Als Berechnungsgrundlage gilt beim einkommensabhängigen Elterngeld i.d.R. der Mittelwert des Nettoeinkommens in den 12 Monaten vor der Geburt.

4.2 Südeuropa: Hohe Opportunitätskosten der Familiengründung

Die staatlichen Aufwendungen für Familien fallen in Südeuropa mit einem Anteil zwischen 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Spanien und 1,7 % in Griechenland relativ gering aus.⁵⁰ Diese Ausgabenstruktur schlägt sich im Umfang des Elterngeldes nieder. In Griechenland und Spanien ist die Elternzeit unbezahlt, in Italien beträgt die Kompensationsrate nur 30 % des Einkommens. Die Elternzeit dauert in Griechenland und Italien nur 3 beziehungsweise 10 (11) Monate, während sie in Spanien für drei Jahre gewährt wird (vgl. Tab. 1). Gleichzeitig sind Kinderbetreuungsangebote unterentwickelt. Es fehlen insbesondere Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, welche eine schnelle Rückkehr der Mutter in den Beruf ermöglichen würden (vgl. Tab. 1). Ein weiteres Hindernis sind die kurzen Öffnungszeiten von Kindertagesstätten und Schulen, die der Mutter höchstens eine Erwerbstätigkeit auf Teilzeitbasis erlauben. Aber in Südeuropa werden kaum entsprechende Stellen angeboten.⁵¹ Da der Anteil an Teilzeitstellen in Westeuropa positiv mit der Gesamtfertilitätsrate korreliert, Südeuropäerinnen sich jedoch nachweislich eine Vollzeitstelle wünschen, ist die Auswirkung einer Expansion von Teilzeitangeboten auf die Fertilität demnach nicht eindeutig.⁵² Insgesamt ist die Familiengründung in Südeuropa mit hohen Opportunitätskosten verbunden.

Diese Fakten legen nahe, weshalb Südeuropa sowohl in Bezug auf die Gesamtfertilität als auch die Frauenerwerbstätigkeit das Schlusslicht in Westeuropa bildet (vgl. Abb. 2). An die niedrigen Fertilitätsraten von durchschnittlich 1,32 (Italien) und 1,38 (Spanien) Kinder pro Frau reicht in Westeuropa nur noch Deutschland heran. Mit einer Frauenerwerbsquote von etwa 50 % liegt Südeuropa unter dem Niveau der mitteleuropäischen und skandinavischen Länder und wird das von der Europäischen Union in Lissabon im Jahr 2000 beschlossene Ziel, die Frauenerwerbsquote in den Mitgliedsstaaten auf mindestens 60 % bis zum Jahr 2010 zu erhöhen, voraussichtlich nicht erreichen.⁵³ Bezüglich des Arbeitsmarktes ist in Südeuropa auch die große Diskrepanz zwischen den geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten auffällig, zwischen denen in Deutschland und Skandinavien lediglich ein geringfügiger Unter-

⁵⁰ Vgl. Eurostat, zitiert nach Eichhorst et al. (2007), S. 57.

⁵¹ Vgl. Del Boca (2002), S. 4-5; Gutierrez-Domenech (2002), S. 26.

⁵² Vgl. Del Boca/Pasqua (2005), S. 13; Cooke (2003), S. 9.

⁵³ Vgl. Del Boca et al. (2004), S. 1.

schied besteht.⁵⁴ Somit ergibt sich im westeuropäischen Vergleich ein deskriptiver negativer Zusammenhang zwischen der Differenz der geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten und der Gesamtfertilitätsrate. Hat eine Südeuropäerin einen sicheren Arbeitsplatz gefunden, möchte sie ihn offensichtlich ungern wieder aufgeben. Trotzdem entscheidet sie sich eher für ein Kind anstatt kinderlos zu bleiben. Ist ein zweites Kind geboren, fällt das Spacing geringer aus als bei erwerbslosen Müttern. Denn die Kompression des Zeitaufwandes für die Kindererziehung ermöglicht den frühzeitigen Wiedereinstieg in den Beruf und damit eine Minimierung des Humankapital- und Einkommensverlustes.⁵⁵

Das Timing ist im Vergleich mit den anderen westeuropäischen Staaten insgesamt nicht verzögert.⁵⁶ Paare mit sicheren Arbeitsplätzen bekommen aber nachweislich früher ihr erstes Kind als solche ohne gesicherte Verhältnisse. Zu den „familienfeindlichen“ Bedingungen des Arbeitsmarktes zählt daher auch die in Südeuropa besonders ausgeprägte Jugendarbeitslosigkeit, weil sie den Aufbau einer eigenen wirtschaftlichen Basis erschwert und die Familiengründung verzögert.⁵⁷ Aus finanziellen Gründen lebt hier ein signifikant höherer Anteil junger Erwachsener noch im Elternhaus als im übrigen Europa: Während in Deutschland 10 % der Frauen und 30 % der Männer im Alter von 25 Jahren noch bei den Eltern wohnen, tun dies zum Beispiel in Italien 50 % beziehungsweise sogar 70 %. Hier mögen auch kulturelle Aspekte eine Rolle spielen. Generell fördert dieses Verhalten weder die Selbstständigkeit noch die Partnersuche.⁵⁸

Zudem beeinflusst das geringe väterliche Engagement die Fertilität negativ. Südeuropäische Väter nehmen selten die Elternzeit (bzw. Vatermonate) in Anspruch und beteiligen sich kaum an Hausarbeit und Kindererziehung. Sie halten also an der traditionellen Rollenverteilung fest und betrachten sich lediglich als Brotverdiener der Familie. Dabei kann bereits eine minimale Steigerung des väterlichen Engagements die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt deutlich erhöhen, wie Cooke (2003) für Spanien und Italien nachweist. Demnach stellt selbst in solchen Ländern, in denen

⁵⁴ Vgl. Eurostat (2008).

⁵⁵ Vgl. Gutierrez-Domenech (2002), S. 25; Symeonidou/Mitsopoulpos (2003), S. 8.

⁵⁶ Vgl. Eurostat (2008).

⁵⁷ Vgl. Del Boca/Pasqua (2005), S. 11.

⁵⁸ Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (2004).

das traditionelle Familienmodell noch dominiert, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht die optimale Konstellation in Bezug auf die Fertilität dar.

Nur auf den ersten Blick überrascht die Tatsache, dass die als besonders traditionell, katholisch und familienorientiert geltenden südeuropäischen Länder eine vergleichsweise niedrige Fertilitätsrate aufweisen. Aus der Perspektive der berufsorientierten Frau ist dies jedoch nachvollziehbar. Sie ist bestrebt, Beruf und Familie zu vereinbaren, ist aber konfrontiert mit ungünstigen Strukturen der Familienpolitik und des Arbeitsmarktes sowie der Rollenfixierung des Mannes, die ihrem Wunsch entgegenstehen. Sie reagiert darauf mit einem späteren Timing und einem kürzeren Spacing. Der Trend geht zur Ein-Kind-Familie. Daher werden weder die gewünschte Kinderzahl von durchschnittlich mehr als zwei Kindern noch die ersehnte Erwerbsbeteiligung erreicht, denn südeuropäische Paare wünschen sich die Erwerbstätigkeit beider Elternteile weit häufiger als dies heute realisiert ist.⁵⁹

4.3 Mitteleuropa: flächendeckende öffentliche Kinderbetreuung in Frankreich

Die mitteleuropäischen Länder sind dem konservativen Wohlfahrtsstaatssystem zuzuordnen, und der Anteil staatlicher Ausgaben für Familienleistungen am BIP ist mit 2,5 bis 3,0 % etwa gleich hoch.⁶⁰ Die Ausgestaltung der Familienpolitik ist jedoch sehr unterschiedlich. Dies wird im Folgenden beispielhaft für Frankreich und Österreich in Bezug auf die Familienpolitik und deren Wirkung dargestellt.

In Frankreich werden Familien mit Kindern vor allem durch ein exzellentes Angebot an ganztags (das heißt bis zu zwölf Stunden am Tag) geöffneten und kostengünstigen Kinderbetreuungsstätten für jedes Alter unterstützt. So besuchen über 40 % aller Kleinkinder Krippen oder werden von Tagsmüttern betreut, und fast jedes Kind geht in den Kindergarten. Studien zufolge sind Kinder, die diese Einrichtungen besuchen, besser für die Grundschule vorbereitet als solche, die bis dahin zu Hause versorgt werden.⁶¹ Die Elternzeit kann in Frankreich seit 1987 drei Jahre lang in Anspruch genommen werden. Ein pauschales Erziehungsgeld wird seit 1985 ab dem dritten

⁵⁹ Vgl. Cooke (2003), S. 9.

⁶⁰ Vgl. Eurostat, zitiert nach Eichhorst et al. (2007), S. 57.

⁶¹ Vgl. The Clearing House on International Developments in Child, Youth and Family Policies at Columbia University (2008).

und seit 1994 ab dem zweiten Kind gezahlt. Aufgrund der Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern nehmen auch hier meistens die Mütter die Elternzeit in Anspruch. Ihnen bietet dieses Modell Wahlfreiheit, indem einerseits die schnelle Rückkehr der Frauen in den Beruf gefördert wird, und andererseits – zumindest ab dem zweiten Kind – eine längere Erwerbspause möglich ist (vgl. Tab. 1).

Die französische Familienpolitik wirkt sich auf die Gesamtfertilität offenbar positiv aus, denn diese bewegt sich seit 1975 zwischen 1,7 und 1,95, und im Jahr 2006 verzeichnete sie sogar ein Aufschwung zu einem Wert von 2,0. Ausschlaggebend ist nicht allein das Angebot an Betreuungsplätzen, sondern auch die in der Gesellschaft vorherrschende Einstellung zur Kinderbetreuung.⁶² Da Französinnen nicht der Ansicht sind, dass Fremdbetreuung die Entwicklung ihrer Kinder ungünstig beeinflusst, finden sich selbst unter Akademikerinnen nur wenige kinderlose Frauen. Bei Frauen des Jahrgangs 1960 blieb in Frankreich nur jede zehnte Frau kinderlos, dagegen in Deutschland jede vierte. Bezüglich des Timings unterscheiden sich Französinnen nicht wesentlich von anderen westeuropäischen Müttern.⁶³ Gut ausgebildete Frauen verschieben die Mutterschaft jedoch nachweislich auf einen späteren Zeitpunkt.⁶⁴ Sie weisen zudem ein geringeres Spacing zum zweiten (oder weiteren) Kind auf. Außer der Verkürzung der Arbeitspause spielt das biologische Fenster der Fruchtbarkeit hier eine Rolle.⁶⁵

In Bezug auf die Erwerbstätigkeit fällt auf, dass Französinnen etwas seltener als deutsche Frauen berufstätig sind (vgl. Abb. 2). Die Familiengründung stellt aber in Frankreich ein geringeres Hindernis für die Erwerbstätigkeit dar als in Deutschland, denn die Diskrepanz zwischen der Erwerbsquote französischer Mütter und jener kinderloser Frauen ist deutlich geringer als in Deutschland (vgl. Abb. 1). 59 % der französischen Mütter von Kindern unter drei Jahren gehen einer Berufstätigkeit nach, gegenüber 36 % der deutschen. Zudem haben Französinnen wesentlich häufiger eine Vollzeitstelle.⁶⁶ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beruht auf dem hervorragenden Angebot an Kinderbetreuungsstätten sowie der begrenzten Förde-

⁶² Vgl. Köppen (2006), S. 300.

⁶³ Vgl. Eurostat (2008).

⁶⁴ Vgl. Lauer/Weber (2003), S. 21.

⁶⁵ Vgl. Köppen (2006), S. 320.

⁶⁶ Vgl. Lauer/Weber (2003), S. 4-5.

rung des Hausfrauenmodells. Innerhalb der Familie bleibt dennoch hauptsächlich die Frau für Hausarbeit und Erziehung zuständig.⁶⁷

In Österreich bezieht sich die geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeit sowohl auf die Familie als auch die Berufstätigkeit, denn dort gilt die Familie als Ort der „gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion“. Das impliziert eine geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeit. Während Männer für die finanzielle Versorgung der Familie zuständig sind, kümmern sich Frauen um Kinder und Senioren. Entsprechend lang ist die Dauer der Elternzeit (vgl. Tab. 1). Für drei Jahre erhalten Eltern einen festen Betrag als Erziehungsgeld. Seit 1990 gibt es eine Geschwindigkeitsprämie: Bei der Geburt des zweiten (oder weiteren) Kindes innerhalb von zwei Jahren (1990 bis 1996) beziehungsweise 18 Monaten (seit 1996) erwirbt eine Mutter das Recht auf eine weitere bezahlte Erziehungszeit, auch wenn sie zuvor keiner Erwerbsarbeit nachging. Auf Grund der Ausrichtung auf familiäre Betreuung besuchten im Jahr 2004 nur 9 % der österreichischen Kinder unter drei Jahren eine Kinderkrippe und immerhin 82 % der Drei- bis Sechsjährigen einen Kindergarten, welche aber in der Regel nur halbtags geöffnet sind (vgl. Tab. 1). Diese Betreuungsform ist meistens noch nicht einmal mit einer Teilzeitstelle zu vereinbaren, so dass Mütter gezwungen sind, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben.⁶⁸

Mit der Förderung des „Brotverdiener- und Hausfrauenmodells“ vermochte die österreichische Familienpolitik in den letzten Jahrzehnten nicht, die Gesamtfertilitätsrate zu erhöhen. Diese liegt seit etwa 1980 zwischen 1,2 und 1,5. Die Einführung der Geschwindigkeitsprämie beeinflusste allerdings das Spacing. Nach der Reform im Jahr 1990 verkürzten sich die Abstände zum zweiten und zum dritten Kind; nach 1996 sind keine Veränderungen zu beobachten.⁶⁹ Die Verkürzung der Elternzeit in jenem Jahr brachte im Gegenzug die Einführung von sechs Vatermonaten. Im Jahr 2004 nahmen aber lediglich 2,6 % der Väter dieses Angebot in Anspruch (vgl. Tab. 1). Generell beteiligen sie sich nur geringfügig an Haushalts- und Erziehungsarbeit. Frauen verbringen am Tag zwischen 6 und 9 Stunden damit, Männer hingegen durchschnittlich nur 2. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit für ein zweites Kind nachweislich größer, wenn der Vater sich aktiv an der Kindererziehung beteiligt. So ist

⁶⁷ Vgl. Köppen (2006), S. 320-324.

⁶⁸ Vgl. Lalive/Zweimüller (2005), S. 8.

⁶⁹ Vgl. Lalive/Zweimüller (2005), S. 21; Hoem et al. (2001), S. 11.

auch für Österreich belegt, dass eine höhere Gesamtfertilität nicht allein von einem guten Angebot von Kindertagesstätten abhängig ist, sondern auch vom väterlichen Engagement.⁷⁰

Insgesamt kann die Familienpolitik in Mitteleuropa zwischen dem skandinavischen System einerseits und dem südeuropäischen andererseits eingeordnet werden. Frankreich steht mit der Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern und dem erstklassigen Angebot an Kinderbetreuungsstätten den skandinavischen Ländern deutlich näher als Österreich. Diese Unterschiede schlagen sich in der Fertilitätsstruktur, der Gesamtfertilitätsrate und der Frauenerwerbsquote nieder.

5 Bewertung des deutschen Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes

Sowohl bezüglich der Geburtenrate als auch der Frauenerwerbstätigkeit nehmen die skandinavischen Länder die Spitzenstellung ein, dicht gefolgt von Frankreich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt demnach in Skandinavien und Frankreich besonders gut. Nach Beckers Kosten-Nutzen-Theorie liegen die Ursachen hierfür in der Reduktion der Kosten für ein Kind. Diese werden durch günstige Kinderbetreuungsplätze für alle Kinder ab spätestens dem zweiten Lebensjahr und einem Elternzeitmodell, welches mit geringen Einkommenseinbußen verbunden ist und die schnelle Rückkehr der Frau in den Beruf fördert, gemindert. Der Unterschied zwischen Frankreich und Skandinavien besteht darin, dass die skandinavische Familienpolitik dem gesellschaftlichen Gleichstellungsanspruch sowohl bezüglich der Erwerbstätigkeit als auch der Familienarbeit folgt, in dem nicht nur die Berufstätigkeit beider Elternteile sondern auch die gerechtere Aufteilung von Haushalts- und Erziehungsarbeit zwischen beiden Elternteilen gefördert wird. In Frankreich hingegen bleibt die geschlechtsspezifische Rollenverteilung innerhalb der Familie bestehen. Die Doppelbelastung der Französischen macht sich in der Differenz der Frauenerwerbsquote zwischen Frankreich und Skandinavien deutlich bemerkbar.

⁷⁰ Vgl. Buber (2002), S. 13, 19.

Aus den einzelnen Zahlen von Geburten und Frauenerwerbstätigkeit lässt sich noch kein kausaler Zusammenhang ableiten, die theoretischen Modelle liefern jedoch plausible Erklärungen dafür. Nach Apps und Rees (2004) ist die Fertilität in denjenigen Ländern höher, in denen mehr Mittel für die Subventionierung von Kinderbetreuungsplätzen als für direkte finanzielle Hilfe zur Verfügung stehen und die Elternteile nach individuellem Einkommen besteuert werden, wie in Skandinavien. Wenn häusliche Kinderbetreuung durch öffentliche ersetzt wird, und somit die Frau weiterhin ihrem Beruf nachgehen kann, führt der Einkommenseffekt zu einer gesteigerten Nachfrage nach Kindern. Erosa et al. (2005) zeigen, dass sowohl die Geburtenrate als auch die Frauenerwerbstätigkeit bei einer einjährigen bezahlten Elternzeit am höchsten sind.

Bei der Einschätzung des Effekts des BEEG auf die Gesamtfertilitätsrate in Deutschland muss allerdings berücksichtigt werden, dass dadurch zwar rund 365 000 Familien mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von über 30 000 Euro besser gestellt sind, aber etwa 155 000 Familien mit einem geringeren Jahreseinkommen 3 000 bis 3 600 Euro pro Kind weniger erhalten als zuvor. Während bei Akademikerinnen (höchste Bildungs- beziehungsweise Einkommensgruppe) demnach eine höhere Fertilität und ein Rückgang der Kinderlosigkeit zu erwarten ist, entsteht ein negativer Fertilitätsanreiz für Geringverdiener, Hausfrauen, Auszubildende und Studierende. Diese Beobachtung stimmt mit dem Ergebnis der theoretischen Analyse von Erosa et al. (2005) überein, nämlich dass die Fertilität der Gruppe mit geringer Bildung (und daher eher niedrigem Einkommen) bei einer einjährigen Elternzeit mit einkommensabhängiger Kompensation etwas geringer ist als bei einer unbezahlten Elternzeit. In der höchsten Bildungsgruppe ist sie dagegen deutlich höher. Nach diesem Modell ist folglich ein positiver Nettoeffekt auf die Fertilitätsrate zu erwarten, wenn die Gruppe der Frauen mit niedrigem Bildungsniveau nicht deutlich größer ist als die anderen. In Deutschland liegt der Anteil derjenigen Frauen, die nur über einen Hauptschulabschluss verfügen, deutlich niedriger als die Anteile jener mit Realschulabschluss und Hochschulreife.⁷¹

In der Debatte darf außerdem nicht vernachlässigt werden, dass die Zahl der gewünschten Kinder in Deutschland den letzten Jahren gesunken ist, und es eine

⁷¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2006b), S. 17.

wachsende Anzahl an Kinderlosen gibt. Menschen, die sich keine Kinder wünschen, sind durch Familienpolitik generell schwer beeinflussbar. Auch solchen, die gerne Kinder hätten, hilft die Familienpolitik unter Umständen nicht. Bei ihnen könnte es andere Gründe als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben, beispielsweise Unfruchtbarkeit oder das Fehlen eines geeigneten Partners.⁷² Folglich müssen die Gründe der Kinderlosigkeit erkannt werden, um die Wirkung der Familienpolitik auf diese Gruppe genau bestimmen zu können.

Des Weiteren stellt sich die Frage, inwieweit Väter durch das neue Gesetz zu mehr Aktivität bei der Kindererziehung und Hausarbeit bewegt werden. Auswertungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass sie tatsächlich auf diesen Anreiz reagieren. Während nur etwa 3 % von ihnen die Erziehungszeit in Anspruch nahmen, fielen in den ersten drei Monaten nach der Reform, also im ersten Quartal 2007, mehr als doppelt so viele (7 %) der gewährten Elternzeit-Anträge auf Väter. Dieser Anteil erhöhte sich auf 12 % im vierten Quartal 2007 und weiter auf 19 % im ersten Quartal 2008.⁷³ Je länger der Mann die Elternzeit in Anspruch nimmt, desto schneller kann die Frau wieder in den Beruf einsteigen und somit den Humankapital- und Einkommensausfall durch ein Kind minimieren. Wie Untersuchungen in Österreich und Schweden zeigen, kann sich das väterliche Engagement positiv auf die Fertilität niederschlagen – vorausgesetzt, die Zahlen stellen den Beginn einer langfristigen Entwicklung dar. Die plötzlich starke Beteiligung der Väter weist jedenfalls darauf hin, dass die bisherige Familienpolitik mit ihrer Bevorzugung des Brotverdienermodells nicht dem Wandel der Gesellschaft zu einer egalitären Aufteilung der Haus- und Erziehungsarbeit folgte. Einige Väter scheinen nur darauf „gewartet zu haben“, die Elternzeit in Anspruch nehmen zu können. Wenn die neue Vaterrolle in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz akzeptiert und anerkannt ist, sind bestimmt noch mehr Väter bereit, für ihr Kind einige Monate vom Beruf zu pausieren.

Das BEEG stellt bei isolierter Betrachtung insgesamt einen institutionellen Schritt in Richtung des skandinavischen Modells dar, senkt tendenziell die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung und folgt dem gesellschaftlichen Gleichstellungsanspruch hinsichtlich der egalitären Arbeitsteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Bei optimistischer Betrachtung ist ein Anstieg in der Gesamtfertilität, vor allem durch die Realisie-

⁷² Vgl. Höhn/Ette/Ruckdeschel (2006), S. 15, 20.

⁷³ Vgl. Statistisches Bundesamt (2008b).

rung der Kinderwünsche von Akademikerinnen, sowie ein kürzeres Spacing auf Grund der Geschwindigkeitsprämie zu erwarten. Die Wirkung auf das Timing ist nicht eindeutig, da Verzögerungseffekte durch die Etablierung im Beruf vor der Familiengründung Vorzieheffekten bei Akademikerinnen, die ihren Kinderwunsch nicht mehr jahrelang aufschieben, entgegenstehen.

Allerdings setzt der Erfolg des BEEG entsprechende Rahmenbedingungen voraus. Auf Grund des Anreizes, spätestens nach dem ersten Lebensjahr des Kindes wieder in den Beruf zurückzukehren, müssen ausreichend Krippenplätze für Kinder ab dem ersten Geburtstag zur Verfügung stehen. Da laut Familienministerin Ursula von der Leyen mindestens ein Drittel der Familien Krippenplätze in Anspruch nehmen möchte, und es auch Ziel der EU ist, dass im Jahr 2010 dieser Anteil von Kindern unter drei Jahren in öffentlichen Einrichtungen betreut werden kann, plant sie die Schaffung von 450 000 Betreuungsplätzen bis zum Jahr 2013.⁷⁴ Da der Bund sich nach den geltenden Finanzierungsvorgaben nur an Investitionen direkt beteiligen kann, müssen Länder und Kommunen die laufenden Ausgaben von knapp 2,5 Mrd. Euro übernehmen. Eine vollständige Finanzierung dieser Mehrausgaben wäre zwar schon bei demografisch bedingten Einsparungen beim Kindergeld und moderaten Beschäftigungseffekten von Müttern durch höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen möglich. Etwa zwei Drittel dieser Einnahmen fließen aber den Sozialversicherungen zu, die an der Finanzierung der Krippenplätze nicht beteiligt sind. Experten raten daher, den Bund und die Sozialversicherungen in die Finanzierung einzubinden, beispielsweise durch Übernahme der Investitionskosten, um das Ziel der Betreuungsquote in Krippen von mindestens 30 % zu erreichen.⁷⁵

Krippen, Kindergärten und Schulen müssen von früh morgens bis zum Abend geöffnet sein, damit die Mutter wahlweise einer Teilzeit- oder einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen kann. Erst dann stellt die öffentliche Betreuung eine wirkliche Alternative zur häuslichen dar, so dass nach Apps und Rees (2004) der Einkommenseffekt zu einer höheren Nachfrage nach Kindern führt. Ob deutsche Familien auf dieses Angebot reagieren, hängt schlussendlich auch von der Einstellung zur öffentlichen Betreuung ab. Wie der Vergleich mit Frankreich zeigt, sehen viele deutsche Mütter ihre Kinder in einer Krippe nicht gut aufgehoben. Zudem schreckt die mögliche

⁷⁴ Vgl. N-tv (2007).

⁷⁵ Vgl. Cleuvers (2007).

Abstempelung als „Rabenmutter“ von der Inanspruchnahme dieser Betreuungsalternative ab.

Abgesehen von der gegenwärtigen Struktur der Betreuungseinrichtungen konterkariert das Ehegattensplitting die neue Logik der Familienpolitik. Erstens bevorzugt diese Steuerregelung Paare, bei denen der Zuverdiener – meistens die Frau – möglichst wenig verdient. Apps und Rees (2004) zeigen, dass sich das Ersetzen dieser Steuerregelung durch einen individuellen progressiven Steuersatz nicht nur positiv auf die Fertilität sondern auch auf die Frauenerwerbstätigkeit auswirkt. Zweitens profitieren lediglich verheiratete Paare vom Ehegattensplitting. Da in Deutschland seit 2005 knapp ein Drittel (29 %) der Kinder nicht-ehelich geboren werden, und auf Grund des starken Anstiegs in den letzten 15 Jahren von einer weiteren Zunahme ausgegangen werden kann, trifft diese Regelung nicht die gesellschaftliche Realität und gilt somit nicht mehr als zeitgemäß.⁷⁶

Die Fertilität wird auch von der Arbeitsmarktsituation beeinflusst. In Südeuropa führen die Diskriminierung der Frau, die Zunahme befristeter Verträge sowie die hohe Jugendarbeitslosigkeit zum Aufschub der Familiengründung. Der neue Begriff „Generation Praktikum“ weist darauf hin, dass es auch in Deutschland sogar für Berufseinsteiger mit einem Hochschulabschluss nicht einfach ist, einen festen Arbeitsplatz zu finden. Durch die Einkommensabhängigkeit des Elterngeldes hat die berufliche Etablierung vor einer Geburt an Priorität gewonnen, was im Fall einer wirtschaftlichen Rezession zu einem Rückgang der Geburten führen kann. In Schweden reichte eine pessimistische Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Situation und der individuellen Chancen aus, um die Familiengründung aufzuschieben. Ein späteres Timing wirkt sich langfristig negativ auf die Gesamtfertilität aus. Denn je später ein Kind geboren wird, desto später pflanzt es sich selbst wieder fort. Eine familien- und frauenfreundliche Arbeitswelt, wirtschaftliche Stabilität auf individueller und nationaler Ebene sowie eine positive Grundeinstellung gelten demnach als Voraussetzungen für ein kontinuierlich hohes Geburtenniveau. Die Elternzeit mit Einkommenskompensation erhöht zwar tendenziell die Fertilität; die Wirkung ist jedoch von den verfügbaren Arbeitsplätzen und damit von der gesamtwirtschaftlichen Situation abhängig.

⁷⁶ Vgl. Eurostat (2008).

Um die Gesamtfertilität in Deutschland zu erhöhen, bedarf es folglich eines produktiven Zusammenspiels von Familien-, Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik. Zwischen diesen Bereichen abgestimmte Politikmaßnahmen können den erwünschten Erfolg erzielen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass ein Umdenken in der Gesellschaft stattfindet. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht gesamtgesellschaftliche Anerkennung. Dazu gehören eine hohe Akzeptanz der Müttererwerbstätigkeit, der Inanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuung, der Familienarbeit von Vätern sowie individuell gestalteter Familienformen. Nur so kann langfristig der Kinderwunsch und damit die Gesamtfertilität ein höheres Niveau erreichen. Zusammen mit einer steigenden Frauenerwerbsbeteiligung kann sich dies sogar positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Angesichts der Tatsache, dass die Gesamtfertilität in Frankreich (ohne Einwanderer) und Skandinavien trotz umfangreicher Familienpolitik nur um 0,3 – 0,5 Kinder pro Frau höher und der Stellenwert von Kindern im Leben vieler Deutscher in den letzten Jahren gesunken ist, muss von großen Erwartungen, wie das Erreichen des Bestandserhaltungsniveaus, durch das BEEG abgesehen werden.

6 Fazit

Der Anstieg der Gesamtfertilitätsrate im Jahr 2007 ist noch kein „Beweis“ für die dauerhafte Wirkung der neuen Politik. Wie aus diesem Beitrag hervorgeht, beeinflusst die Familienpolitik auch das Timing und Spacing von Geburten, so dass es sich eventuell um einen Mitnahmeeffekt handelt, zumal die Gesamtfertilität im Jahr 2006 besonders niedrig ausfiel, und die Einführung des neuen Gesetzes schon zu Beginn jenen Jahres abzusehen war. In einigen untersuchten Städten ging die Zahl der Geburten im Dezember 2006 besonders stark zurück, was als „weiterer Hinweis auf die kalkulierte Verzögerungstaktik einiger potenzieller Eltern“⁷⁷ interpretiert werden kann. In Bezug auf das Timing wäre zu untersuchen, ob die besonders hohe Geburtenneigung von Frauen im Alter zwischen 33 und 37 Jahren im Jahr 2007 auf den aufschiebenden oder vorziehenden Effekt der Reform zurückzuführen ist. Der langfristige Erfolg der neuen Familienpolitik in Bezug auf die Gesamtfertilitätsrate,

⁷⁷ Vgl. Berth (2007).

das Timing und das Spacing kann allerdings frühestens nach einigen Jahren, bestenfalls erst noch später anhand einer Kohortenanalyse, festgestellt werden.

Literatur

Aliaga, C. (2005): Statistik kurz gefasst: Bevölkerung und soziale Bedingungen. 4/2005.

Andersson, G. (2004): Childbearing Developments in Denmark, Norway, and Sweden from the 1970s to 1990s: A Comparison. In: Demographic Research, Special Collection 3, Artikel 7, S. 155-174.

Apps, P. & R. Rees (2004): Fertility, Taxation and Family Policy. In: Scandinavian Journal of Economics 6, S. 745-763.

Becker, G. S. (1981): A Treatise on the Family. Cambridge/Massachusetts/London.

Berth, Felix (2007): Geburtenanstieg: Kleine Rekorde. In: Süddeutsche Zeitung vom 18.06.2007.

Björklund, A. (2006): Does Family Policy Affect Fertility? Lessons from Sweden. In: Journal of Population Economics 19, S. 3-24.

Buber, I. (2002): The Influence of the Distribution of Household and Childrearing Tasks Between Men and Women on Childbearing Intentions in Austria. MPIDR Working Paper WP 2002-004.

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748), geändert durch Artikel 6 Abs. 8 des Gesetzes vom 19.08.2007 (BGBl. I S. 1970).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2008): Geburtenrate steigt erstmals wieder an. Pressemitteilung vom 20.08.2008.

Cleuvers, B. (2007): FiBS-Studie: Krippen-Ausbau kann sich auf Dauer selbst finanzieren. Abrufbar unter: <http://idw-online.de/pages/de/news?print=1&id=202727> (Datum: 15.09.2008).

Cooke, L. P. (2003): The South Revisited: The Division of Labour and Family Outcomes in Italy and Spain. IRISS Working Paper 2003-12.

Council of Europe (2005): Recent Demographic Developments in Europe 2004. Straßburg.

Del Boca, D. (2002): The Effect of Child Care and Part Time Opportunities on Participation and Fertility Decisions in Italy. IZA Discussion Paper 427.

Del Boca, D. & S. Pasqua (2005): Social Policies and Employment of Married Women in Europe. CHILD Working Paper 19/2005.

Del Boca, D., Pasqua, S. & C. Pronzato (2004): Employment and Fertility Decisions in Italy, France and the U.K. CHILD Working Paper 08/2004.

Der Spiegel (2008): Krippe oder Kinderzimmer: Wie viel Mutter braucht das Kind? Titelstory von Der Spiegel 09/2008 vom 25.02.2008.

Deutscher Bundestag (2006): Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes. Drucksache 16/1889 vom 20.06.2006.

Eichhorst, W., Kaiser, L., Thode, E. & V. Tobsch (2007): Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis. Gütersloh.

Erosa, A., Fuster, L. & D. Restuccia (2005): A General Equilibrium Analysis of Parental Leave Policies. Federal Reserve Bank of Richmond and University of Toronto. Working Paper.

Eurostat (2008): Diverse Datensätze. Abrufbar unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Datum: 22.09.2008).

Galor, O. & D. Weil (1996): The Gender Gap, Fertility and Growth. In: American Economic Review 86, S. 374-387.

Gauthier, A. & J. Hatzius (1997): Family Benefits and Fertility: An Econometric Analysis. In: Population Studies 51, S. 295-306.

Gräf, B. (2006): Die Antwort ist 40 – aber wie lautet eigentlich die Frage? Zur Kinderlosigkeit von Akademikerinnen. DB Research, Demographie Spezial, Aktuelle Themen 361.

Gupta, N. D., Smith, N. & M. Verner (2006): Child Care and Parental Leave in the Nordic Countries: A Model to Aspire to? IZA Discussion Paper 2014.

Gutierrez-Domenech, M. (2002): The Impact of Labour Market on the Timing of Marriage and Births in Spain. Centre for Economic Performance London, Working Paper.

Hoem, B. (2000): Entry into Motherhood in Sweden: The Influence of Economic Factors on the Rise and Fall in Fertility, 1986-1997. In: Demographic Research 2, Artikel 4.

Hoem, J., Prskawetz, A. & G. Neyer (2001): Autonomy or Conservative Adjustment? The Effect of Public Policies and Educational Attainment on Third Births in Austria. MPIDR Working Paper 2001-016.

Höhn, C., Ette, A. & K. Ruckdeschel (2006): Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Herausgegeben von der Robert-Bosch-Stiftung. Stuttgart.

Köppen, K. (2006): Second Births in Western Germany and France. In: Demographic Research 14, S. 295-330.

Lalive, R. & J. Zweimüller (2005): Does Parental Leave Affect Fertility and Return-to-work? Evidence from a „True Natural Experiment“. IZA Discussion Paper 1613.

Laux, H. D. (1994): Grundzüge der Bevölkerungsentwicklung in den beiden deutschen Staaten bis zur Wiedervereinigung. In: Börsch, D. (Hg.): Bevölkerung und Raum. Handbuch des Geographie-Unterrichts. Band 2. Köln.

Lauer, C. & A. Weber (2003): Employment of Mothers after Childbirth: A French-German Comparison. ZEW Discussion Paper 03-05.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (2004): Die Nesthocker-Generation. Pressemitteilung vom 14.09.2004.

Merz, M. (2004): Women's Hours of Market Work in Germany: The Role of Parental Leave. IZA Discussion Paper 128.

Neyer, G. (2003): Family Policies and Low Fertility in Western Europe. MPIDR Working Paper WP 2003-021.

Neyer, G., Andersson, G., Hoem, J., Rønsen, M. & A. Vikat (2006): Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern. MPIDR Working Paper WP 2006-022.

N-TV (2007): Krippen-Bedarf: Dialektik im Bundestag. Artikel vom 07.03.2007. Abrufbar unter: <http://www.n-tv.de/774784.html?tpl> (Datum: 01.12.2008).

Plantenga, J. & C. Remery (2005): Reconciliation of work and private life: A comparative review of thirty European countries. Luxembourg.

Plantenga, J. & M. Siegel (2004): Position Paper „childcare in a changing world“, Part I: European Childcare Strategies. Groningen.

Plünneke, A. (2007): Wachstumseffekte der demographischen Entwicklung – ein Triadevergleich D – EU – USA. Gutachten. Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln.

Schaible, S., Schweiger, M. & A. Kaul (2006): Unternehmen Familie. Studie von Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (2006a): Geburtenentwicklung in Deutschland im langfristigen Vergleich. Pressemitteilung 122 vom 17. März 2006. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006b): Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008a): Jahr 2007: Durchschnittliche Kinderzahl steigt auf 1,37 Kinder je Frau. Pressemitteilung 298/08 vom 20.08.2008. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008b): Familienland Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 22. Juli 2008 in Berlin. Wiesbaden.

Statistik Austria (2008): www.statistik.at (Datum: 16.09.2008).

Symeonidou, H. & G. P. Mitsopoulpos (2003): The Timing of First, Second and Third Childbirths in Greece. National Center for Social Research. Athen.

Terwey, M., A. Bens & H. Baumann (2005): Elektronisches Datenhandbuch, integrierter Datensatz und Surveydeskription ALLBUS 2004. GESIS ZA-Nr. 4500. Köln/Mannheim.

The Clearinghouse on International Developments in Child, Youth and Family Policies at Columbia University (2008): Frankreich. Abrufbar unter: <http://www.childpolicyintl.org/countries/france.html> (Datum: 07.10.2008).

Walker, J. R. (1995): The Effect of Public Policies on Recent Swedish Fertility Behavior. In: Journal of Population Economics 8, S. 223-251.

Wrohlich, K. (2007): Evaluating Family Policy Reforms Using Behavioural Microsimulation, The Example of Childcare and Income Tax Reforms in Germany. Dissertation an der Freien Universität Berlin.

HWWI Policy Papers

der HWWI-Kompetenzbereiche „Wirtschaftliche Trends“ sowie
„Hamburg und regionale Entwicklungen“

9. Champions des Sports 2008 - Ein empirischer Vergleich deutscher Sportstädte
Max Steinhardt, Henning Vöpel
Hamburg, November 2008
8. Regionale Unternehmens- und Beschäftigungsdynamik
Michael Bräuninger, Friso Schlitte
Hamburg, Dezember 2007
7. Erbschaftssteuer – Abschaffen ist besser als revidieren
Thomas Straubhaar
Hamburg, Dezember 2007
6. Gesundheitsentwicklung in Deutschland bis 2037 – Eine volkswirtschaftliche Kostensimulation
Michael Bräuninger et al.
Hamburg, Dezember 2007
5. Ökologische Steuerreform in der Schweiz
Michael Bräuninger, Sven Schulze, Thomas Straubhaar
Hamburg, Oktober 2007
4. Champions des Sports – Ein empirischer Vergleich deutscher Sportstädte
Max Steinhardt, Henning Vöpel
Hamburg, Oktober 2007
3. Wirtschaftsfaktor Erdgasbranche
Michael Bräuninger et al.
Hamburg, August 2007
2. Auswirkungen von Strompreiserhöhungen auf Preise, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit
Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Norbert Kriedel, Henning Vöpel
Hamburg, April 2007
1. Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom?
Sebastian Schröer, Thomas Straubhaar
Hamburg, November 2006

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)** ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Think Tank mit den zentralen Aufgaben:

- die Wirtschaftswissenschaften in Forschung und Lehre zu fördern,
- eigene, qualitativ hochwertige Forschung in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu betreiben,
- sowie die Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit über ökonomische Entwicklungen unabhängig und kompetent zu beraten und zu informieren.

Das HWWI betreibt interdisziplinäre Forschung in den folgenden Kompetenzbereichen: Wirtschaftliche Trends, Hamburg und regionale Entwicklungen, Weltwirtschaft sowie Migration Research Group.

Gesellschafter des im Jahr 2005 gegründeten Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

infowww.hwwi.org